

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

46. Jahrg.

Erscheint Dienstag, Donnerstag, Sonnabend.
Jährlich 150 Nummern.
Abonnementpreis 65 Pfennig vierteljährlich
auschl. Postbestellgebühr.

Leipzig, den 19. September 1908.

Anzeigen im „Korr.“ kosten: die viergespaltene
Nonpareilzeile 25 Pfennig;
Verfammlungsanzeigen sowie Arbeitsmarkt
aber nur 10 Pfennig die Zeile.

Nr. 109.

Wiederum Neutralität!

Kaum sind einige Monate ins Land gezogen, seit die Generalversammlung in Köln abgehalten wurde, die Neutralitätsfrage eingehend beraten und man es für richtig hielt, die alte Taktik: „Prinzipielle Neutralität in religiösen wie politischen Fragen“, beizubehalten. Besonders hier im Rheinlande wurde dies mit Freuden vernommen. Wer jedoch nun den Bericht von Köln in Nr. 99 des „Korr.“ gelesen, kann sich des Eindrucks nicht ermahnen, daß man sich gerade dort der Beschlüsse der Generalversammlung nicht mehr zu erinnern scheint. Herr Dr. Erdmann hielt in der letzten Kölner Monatsversammlung einen Vortrag über „Die Strömungen in der neuzeitlichen Arbeiterbewegung“. Statt sich jedoch mit dieser Frage allein zu beschäftigen, artete der Vortrag immer mehr zur Propaganda für die sozialdemokratische Partei aus. „Es ist ein Übel“, so sagte der Redner, „daß eine Gewerkschaft politisch neutral sein kann!“ Ebenso meinte Redner, „sozialistische Gewerkschaften sei die richtigere Bezeichnung; man brauche sich dieser Kennzeichnung wahrlich nicht zu schämen, denn es könne nur eine Ehre darin gefunden werden, sozialistisch zu kämpfen, zu fühlen und zu handeln“. Zum Schluß rührte der Referent, ehemaliger Redakteur der sozialdemokratischen „Rheinischen Zeitung“, gewaltig die Werbetrommel und verkündete also: „Und so hätten auch die sozialistischen Gewerkschaften die Aufgabe, Hand in Hand mit der sozialdemokratischen Partei die Arbeiterklasse auf eine höhere Stufe der Kultur wie ihrer ganzen Lebenslage zu bringen!“ Rang-anhaltender, stürmischer Beifall folgte den inhaltreichen, klaren Ausführungen, so heißt es im Bericht. Ist das Neutralität? Wie Spott und Spott auf die vor einigen Monaten abgehaltene Generalversammlung des Verbandes kommt mir dieses „Manöver“ vor. Ist das nicht wie ein Faustschlag ins Gesicht, wenn man den Artikel „Vor 60 Jahren“ in Nr. 101 des „Korr.“ durchliest, worin über das Verhältnis zu den damaligen politischen Parteien geschrieben wird? Da schrieb im Anschlusse hieran der „Korr.“:

Vor 60 Jahren ist also von den Buchdruckern schon die Neutralität der Gewerkschaften zum Prinzip erhoben und praktisch gehandhabt worden. Daß die vorgeschrittenste deutsche Gewerkschaft unserer Zeit, der Verband der Deutschen Buchdrucker, an diesem Grundbaue heute noch am ärgsten festhält, ist also keine zufällige, sondern eine folgerichtige Erscheinung, die einmal in einer durchaus richtigen Auffassung des Wesens und der Aufgaben der Gewerkschaften ihre Begründung, andererseits aber auch in den besonderen Verhältnissen unsers Berufs ihre Erklärung hat.

Aber nein, was Dr. Erdmann sagt, soll „Wahrheit“ sein! Als nämlich ein Diskussionsredner der erwähnten Kölner Versammlung sich nicht recht zufrieden mit den Ausführungen des Referenten gab, indem er meinte, „der Vortrag hätte einen allzu politischen Charakter angenommen“, entgegnete Dr. Erdmann, „wenn er ein solches Thema behandle, dann müsse man ihm auch gestatten, die Wahrheit(?) zu sagen!“ — Fertig! Kein Widerspruch!

Das soll also die berühmte „Neutralität“ sein? Was sagen hierzu unsre Führer? Während selbige überall, besonders hier im Rheinlande, strikte Neutralität in den Versammlungen „predigen“, sagt ein sozialdemokratischer Agitator in einer Verbandsversammlung: „Es ist ein Übel, daß eine Gewerkschaft politisch neutral sein kann!“ Und man duldet es ruhig. Dieser Neutralitätsgegner bekommt also auch „stürmischen, langanhaltenden Beifall“ wie ein Neutralitätsverfechter! Vergeblich hoffte ich bis heute Widerspruch im „Korr.“ zu vernehmen. Was sagt denn unser nummehriger zweiter Verbandsvorsitzender Erdmann dazu, der im Juli in einer Agitationsversammlung in Wülheim a. Rh. den Neutralitätsstandpunkt so sehr betonte und seine Rede mit den schönen Worten schloß: „Suchen wir, was uns eint, und meiden wir, was uns trennt!“ Glaub man wirklich in Köln mit dieser Reklamemanagerei für die Sozialdemokratie auf dem richtigen Wege zu sein? Nun, dann tue man mir den Gefallen und streiche den Scheinneutralitätspassus im Statut!

Schnellweide b. Wülheim a. Rh. Heinr. Kiffel.

Nicht Verrechnung, sondern einheitliche Bestimmungen für den Gauzuschuß.

In Nr. 104 bejwörtet Kollege Rosenbruch eine gegenseitige Verrechnung des Gauzuschusses, um so zum Bezuge berechtigten Mitgliedern es zu ermöglichen, beim Bezug in einen andern Gau ihre Rechte zu erhalten. Ein derartiges System würde meiner Ansicht nach auf erhebliche Schwierigkeiten stoßen. Nicht nur, daß dadurch den Vorständen mehr Arbeit verursacht würde, weil unter Umständen mit einer ganzen Anzahl von Gauen eine Verrechnung stattfinden müßte, und weil sie gezwungen wären, die jeweiligen in Betracht kommenden Bestimmungen genau zu prüfen, was bei der vorhandenen Buntschichtigkeit in den Bestimmungen gar nicht so einfach ist und vielfach auch Anfragen nötig machen würde, sondern es könnten auch leicht Irrtümer und dadurch verursachte Streitigkeiten zwischen den einzelnen Gauvorständen entstehen. Vergewenartigen wir uns nur, daß bei den jetzigen Bestimmungen in einzelnen Gauen die Bezugsberechtigung erreicht werden kann, indem in gegenseitigen Gauen geleistete Beiträge angerechnet werden. Wer soll dann im Zweifelsfalle zahlen?

Wollen wir eine Besserung in der Frage der Gauzuschüsse herbeiführen, so erscheint mir der einzige und richtige Weg der zu sein, daß möglichst einheitliche Bestimmungen in den einzelnen Gauen angestrebt werden. Die Ausführungen des Kollegen Rosenbruch geben hierfür die besten Anhaltspunkte. Danach haben 13 Gau eine 26wöchige Karenzzeit, und Kollege Rosenbruch bejwörtet die Einföhrung dieser Karenzzeit auch in den übrigen Gauen. Hierin bin ich mit ihm einer Meinung. Auch darin stimme ich ihm zu, daß der Zuschuß auch nur als Zuschuß zu betrachten ist und nicht Ortsbezugsberechtigung ihn nicht erhalten müßten. Ebenso fällt sich die Dauer des Bezugs leicht konform der Verbandsunterstützung festlegen, weil größtenteils schon durchgeführt. Dann kommt aber die Höhe der Unterstützung in Frage. So verschiedenartig ist nun diese aber nicht; in den meisten Fällen wird eine Unterstützung von 50 Pf. pro Tag gewährt und diejenigen Gauen, welche mehr gewähren, sind zum größten Teil solche, die für die Gegenseitigkeit vorläufig nicht in Frage kommen. Unser Streben muß vor allen Dingen dahin gehen, diejenigen Gauen, welche gewillt sind, Gegenseitigkeitsverträge abzuschließen, unter einen Hut zu bringen, d. h. darauf hinzuarbeiten, daß die Bestimmungen gleiche sind und ohne weiteres Gauen, die die gleichen Bestimmungen einführen, in Gegenseitigkeit treten.

Ein derartiger Anfang zur Vereinheitlichung und Vereinfachung der Gauzuschußfrage ist schon vorhanden. Die süddeutschen Gauen Bayern, Württemberg, Elsaß-Lothringen, Frankfurt-Hessen, Mittelrhein und Oberrhein haben einheitliche Bestimmungen durchgeführt auf der Basis, nach 26wöchiger Karenz 50 Pf. pro Tag Unterstützung zu gewähren. Da dieser Unterstützungssatz in den meisten Gauen schon besteht, ist bei den übrigen Gauen die Anpassung schon gegeben. Da aber auch 13 Gauen die 26wöchige Karenzzeit haben, ist es auch möglich, diese allgemein anzustreben.

In einigen Gauen ist es nun so, daß nach 26 Wochen Karenz ein Satz von 25 Pf., nach 50 oder 52 Wochen 50 Pf. gewährt werden. Es ist nun zu prüfen, ob dadurch, daß die höhere Unterstützung bei 26wöchiger Karenz gewährt wird, die Ausgabe um so viel bedeutender werden würde, daß sie von den betreffenden Gauen nicht getragen werden könnte. Das trifft zum Teil nicht zu. Im Gau Nordwest beispielsweise betrug die Ausgabe für den Gauzuschuß im Jahre 1907 1849,95 M. Hier von wurden 1745 M. in der höheren Karenz (50 Pf. pro Tag bei 52 Wochenbeiträgen) und nur 74,50 M., das sind 4,09 Prozent, in der niedrigen Karenz (25 Pf. bei 25 Beiträgen) ausgegeben. Der Gau hätte also bei gleicher Höhe der Unterstützung nach 26 Wochen mit 50 Pf. pro Tag nur 174,50 M. mehr ausgegeben, eine Summe, die nicht in Betracht kommt bei dem Vorteile, der der Gesamtheit der Kollegenschaft durch eine solche Regelung erwächst. Hier sind die Bedingungen also leicht gegeben, die Bestimmungen den von mir als Basis angeführten Gauen anzupassen, und die letzte Gauversammlung hat dem Vorstände auch schon die Befugnis erteilt, wenn

eine einheitliche Regelung durchgeführt werden soll, die notwendigen Statutänderungen dahingehend vorzunehmen. Ähnliche Verhältnisse werden aber auch in andern Gauen vorhanden sein, und wenn sich dort die Mehrausgaben auch höher stellen würden, so würden sie wohl nicht so bedeutend sein, wie man ohne Nachprüfung anzunehmen geneigt ist, und selbst unter Berücksichtigung des Umstandes, daß auch der größere Umfang der Gegenseitigkeitsabschlüsse eine Mehrbelastung mit sich bringt, würde die Mehrausgabe doch wohl zu leisten sein. Meine Ansicht geht dahin, daß vielfach die bessere Regelung der Zuschußfrage daran scheitert, daß unbegründete Beschränkungen an die Belastungen der Klassen gesetzt werden. Bei fast jeder Verbesserung unsrer Bestimmungen über den Gauzuschuß wurden Bedenken erhoben; fast jedesmal fürchtete man bedeutende Mehrausgaben; aber niemals ist später nachgewiesen worden, daß die Beschränkungen begründet waren. Es sind in den allermeisten Fällen eben nur einzelne wenige Kollegen, die davon den Vorteil haben, nämlich, daß ihre Rechte bei Bezug gesichert sind. Keinesfalls sollten wir uns hindern lassen, bestehende, allgemein als ungerecht empfundene Zustände, wie sie die Gauzuschüsse mit sich bringen, aus der Welt zu schaffen.

Dort, wo höhere Unterstützungsätze bestehen, können unbeschadet ebenfalls auf dieser Basis Verträge abgeschlossen werden, aber für diese die höheren Sätze ausgeschaltet werden. Die Gauvorherkonferenz könnte auf Grundlage der süddeutschen Bestimmungen Vereinbarungen treffen, die in den andern Gauen angutreffen sind, und ich zweifle nicht daran, daß die Gauversammlungen derartigen Abmachungen gern Rechnung tragen und so es ermöglichen würden, Gegenseitigkeitsverträge mit dem größten Teile der Gauen auf Grund einheitlicher Bestimmungen abzuschließen. Diese müßten so geartert sein, daß es einerlei ist, in welchem der gegenseitigen Gauen die Beiträge geleistet wurden; derjenige Gau hätte dann den Zuschuß zu zahlen, in welchem der Berechtigte zuletzt konditionierte; dieser müßte also mindestens eine Woche in dem Gau, in welchem er beziehen will, gearbeitet haben.

Auf die Dauer lassen sich die jetzigen Zustände nicht aufrecht erhalten. Vermögen wir uns daher, eine Grundlage zu schaffen, die es ermöglicht, eine Vereinheitlichung herbeizuführen. Der Umstand, daß zum Bezuge des Zuschusses in einem Gau immer nötig sein muß, daß der Beziehende dort in Arbeit stand, gibt auch den Großstädten eine gewisse Sicherheit, nicht durch die Verträge mehr belastet zu werden. Eine Notwendigkeit ist es aber auch, den Kollegen in den Großstädten ihre Rechte zu sichern, weil man es keinem Kollegen unter den heutigen Verhältnissen verdenken kann, wohlverordnete Rechte durch Verzug aufzugeben. Ein Vorteil für die Allgemeinheit ist es gewiß nicht, wenn in den großen Städten viele Arbeitslose liegen, die nicht hinaus wollen, um ihre Rechte nicht zu verlieren (dieser Grund spielt jedenfalls doch auch eine Rolle). Darum ist auch in dieser Hinsicht eine bessere Regelung zu begrüßen, und die wird mir durch Vereinheitlichung der Zuschüsse herbeigeführt.

Bremen. D. Vackhaus.

Aus dem Auslande.

Österreich. Kürzlich ist der Bericht der österreichischen Gewerkschaftskommission pro 1907 zur Ausgabe gelangt. Den Daten desselben ist zu entnehmen, daß das Jahr 1907, was den Zustuf von Mitgliedern zu den Gewerkschaften sowie auch die Gebahrung der Gewerkschaften betrifft, als besonders günstiges bezeichnet werden muß. Allerdings wäre im Interesse der gesamten industriellen Arbeiterchaft Österreichs zu wünschen, daß die Organisierung der Gewerkschaften noch fernstehenden Arbeiter noch etwas reger vor sich ginge. Die Gesamtzahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter in Österreich belief sich mit Ende Dezember 1907 auf 501.094; der Zustuf an Mitgliedern während des Berichtsjahres beziffert sich auf rund 186.000, von denen jedoch leider nur 52.824 festgestellt werden konnten. Die Finanzgebahrung der Gewerkschaften erbringt den Beweis, daß gute Wirtschaft in denselben herrscht; dieselbe belief sich auf 16.738.000 Kronen. Davon entfallen auf die Vereinsgebahrung der Gewerkschaften 13.455.000 Kronen, auf Streiks und Ausperrungen 3.283.000 Kronen. Die Gesamtausgaben betragen rund 53.490.000 Kronen. Für

gewöhnliche Unterstüßungen (Arbeitslosigkeit, Krankheit usw.) wurden 2841 000 Kronen, für Streiks und Ausperrungen 1825 000 Kronen, zusammen 4666 000 Kronen verwendet. Die Vermögenszunahme beträgt rund 1500 000 Kronen, wodurch sich der Vermögenstand der Gesamtorganisation von rund 7318 000 Kronen auf 8806 000 Kronen erhöhte. Der Form der Organisation nach bestanden im Berichtsjahre 49 Zentralvereine, 77 Landes- oder Solalvereine und 5030 Ortsgruppen. Zu bemerken ist hierbei, daß die Zahl der Ortsgruppen gegen das Jahr 1906 eine Vermehrung von 968, die Zahl der Landesvereine infolge Anschlusses an größere Vereinigungen eine Abnahme um 12 erfahren hat. Welch große Arbeit in bezug auf Organisation die Gewerkschaften noch zu leisten haben, kann man ersehen bei Gegenüberstellung der Organisierten und überhaupt Beschäftigten. Demnach entfallen auf je 100 Beschäftigte in Wien 39, in Niederösterreich 27, in Böhmen 20, in der Bukowina 6, in Dalmatien 6, in Galizien 11, in Kroatien 22, in Kärnten 18, in Krain 13, in Mähren 18, in Oberösterreich 13, in Salzburg 13, in Schlesien 24, in Steiermark 24 und in Tirol-Vorarlberg 13 organisierte Arbeiter. Der Durchschnitt der auf 100 Beschäftigte entfallenden Organisierten besitzet sich auf 22. Was den Vermögensbestand anlangt, marschieren die Buchdrucker mit 2929 000 Kronen an der Spitze der Gewerkschaften; ihnen folgen die Metallarbeiter, Holzarbeiter, Textilarbeiter, Bergarbeiter, Futtmacher, Lithographen, Maurer, Eisenbahner usw. Wird das Vermögen auf den Kopf aufgeteilt, müssen die Buchdrucker ihr Prioritätsrecht der Organisation der Krankentassenangehörten abtreten, bei welcher 253 Kronen auf den Kopf des Mitglieds entfallen und sich mit 222 Kronen pro Kopf an zweite Stelle begeben. Der Ausweis über die Fachpresse verzeichnet 50 deutsche, 44 tschechische, 8 polnische, 3 italienische Fachblätter und 1 slowenische Fachblatt. Von denselben erscheinen 16 deutsche Blätter einmal, 12 zweimal, 4 dreimal im Monat, 11 vierzehntägig, und 6 wöchentlich; 11 tschechische Blätter erscheinen einmal, 17 zweimal, 1 dreimal im Monate, 6 vierzehntägig und 9 wöchentlich; 2 polnische Blätter einmal, 4 zweimal, 2 dreimal im Monate; 1 italienisches einmal, 1 zweimal monatlich und 1 alle drei Wochen; das slowenische Blatt erscheint einmal im Monate. Die monatliche Gesamtauflage der Fachblätter beträgt 508 690 Exemplare. Bei Beurteilung des Verichts in seinem Ganzen kann man wohl sagen, daß die österreichischen Gewerkschaften einem eventuellen Vorstoße des koalitierten Unternehmertums gerüstet gegenüberstehen und gleichzeitig die Tatsache feststellen, daß es mit der in die Welt hinausposaunten achtunggebietenden Stellung Österreichs, nationaler oder gar gelber Gewerkschaften in Österreich vorband nach sein Bewenden hat.

„Buchdruckerverein“ nennt sich ein Organ der Buchdruckervereinigung, Österreichs; welches infolge eines Beschlusses des Schutzbundes der niederösterreichischen Buchdruckervereinigung am 1. September d. J. das Recht der Öffentlichkeit erbliden sollte. Wie in einem an die Prinzipalität hinausgegebenen Zirkulare betont wird, knüpft der Schutzbund an die Schaffung dieses Blattes die größten Hoffnungen für die Stärkung der Prinzipalorganisation, denn dessen Hauptzweck soll sein, die Standesinteressen nach allen Seiten kräftigst zu verteidigen und Organisationsfragen im weitesten Maße zu erörtern. Auch für Konzeptionsangelegenheiten, Entscheidungen der Gewerbe- und anderen Gerichte usw. sollen Rubriken vorhanden sein. Wegen diese Bestrebungen wäre wohl nichts einzuwenden, ebenso wie dagegen, daß die Prinzipalität vor schlechten Zahlern und Schikaneuren gewarnt werden soll, aber — einen Pferdesuß hat die Sache — daß das Programm des neuen Organs auch das Anknüpfen gegen untarifarische Gewaltmittel (wie schön gesagt!), die sporadisch in den Reihen der Gehilfen angewendet werden, vorseht, verleiht der ganzen Gründung einen schärfmaderischen Beigeschmack. Und wie wir unsre Unternehmern kennen, dürfte der letztere Programmpunkt wohl der Hauptgrund für die Gründung des Organs gewesen sein, denn mit der Hebung der Standesinteressen dürfte sich das neue Organ kaum Vorbeeren holen, da wir schon zu wiederholten Malen die Erfahrung machen mußten, daß sich unsre führenden Prinzipale von notorischen Schmutzkonturen und Tarifignoranten die größten Mühen vorzumachen ließen, ohne den Leuten begreiflich zu machen, daß sie eigentlich die moralische Qualität nicht haben, den Mund so voll zu nehmen. Viele Buchdruckereiprinzipale in Österreich sind eben nicht damit zufrieden, die Herren im Hause zu sein, sie hätten am liebsten statt Arbeitern Sklaven. Daß der Tarif den Herren manche unangenehme Verpflichtung auferlegt, mag zugestanden sein, aber auch den Gehilfen ist nicht alles angenehm, was ihnen der Tarif in puncto Verpflichtungen vorschreibt. Wenn man aber schon von untarifarischen Gewaltmitteln sprechen wollte, dann allerdings könnte den Herren Buchdruckereibesitzern ein sehr reichliches Sündenregister vorgeführt werden. In Gehilfenkreisen sieht man dem Auftauchen des neuen Organs kühl bis an Herz hinan entgegen. Wird es auf eine Besserung der Verhältnisse im Gewerbe hinwirken, dann gut, treten aber schärfmaderische Tendenzen in den Vordergrund, dann werden die Herren, denen das neue Organ ihr Entstehen verdankt, eine Wüßhahn erleben, wie sie eine solche nicht kräftiger und entschiedener erwarten können.

Deutscher Schweiz. Nun hat sich doch die Sektion Zürich bereit erklärt, die Generalversammlung für 1909 zu übernehmen. Es ist zwar schon mehr als eine Stimme laut geworden, die zur Abschaffung der Generalversammlung und Ersetzung durch eine Delegiertenver-

sammlung riet, jedoch wird sich die Gesamtolegenenschaft kaum dazu bereit erklären, und es ist nicht abzuleugnen, daß schon mancher junge Kollege durch den Besuch der Generalversammlung mehr Interesse am Verbandsleben gewonnen hat.

Der engere Zusammenschluß der Sparten vollzieht sich mehr und mehr auch im Typographenbunde. Nachdem wir schon mehrere Jahre den Maschinenmeisterverband besitzen, haben sich seit einem Jahr auch die Kollegen von der Sechsmaschine zu einem Verbande zusammengetan mit einer Zentralkommission an der Spitze. In allen größeren Sektionen sind Maschinensegevereinigungen entstanden, welche schon eine rührige Tätigkeit entfalten haben, da mit diesem Jahre der Sechsmaschentarif abläuft. Die Kündigung desselben ist von der Generalversammlung in Bern beschlossen worden, und der neue Tarif wird dieser Tage den Prinzipalen eingereicht. Die Tarifverhandlungen finden voraussichtlich im Oktober statt.

Der schlechte Geschäftszustand macht sich auch hier immer mehr bemerkbar. Während man in den letzten Jahren meist nicht genug Leute hatte, um alle Stellen zu besetzen — öfters mußte sogar nach Deutschland um Zuneigung von Seßern geschrieben werden — gibt es jetzt überall Konditionslose. Zürich z. B. hat deren seit Wochen über zwanzig. Auch an den Grenzorten macht sich die schlechte Geschäftskonjunktur, besonders des Auslandes, geltend. Es gibt oft Tage mit zehn und mehr durchreisenden Kollegen an einer Zahlstelle.

In den größeren Sektionen sieht man sich mehr und mehr vor die Alternative gestellt, einen ständigen Verwalter anzustellen. Es ist immer schwieriger, geeignete Kollegen zu finden, die die Arbeit des Kassierers, der Stellenvermittlung usw. neben der beruflichen Tätigkeit versehen können oder wollen. So hat die Sektion Zürich schon seit Jahresfrist einen ständigen Verwalter, Basel hat in der letzten Versammlung ebenfalls die Anstellung eines solchen beschlossen, und bald werden die andern großen Sektionen nachfolgen müssen.

Den Forderungen von Maschinenfabrik von einer Druckerei in die andere sind nun die Stunden gezahlt. Mit Januar dieses Jahres mußte schon die Saßfabrik in Zürich den Betrieb einstellen, weil die Kollegen in den verchiedenen Druckereien sich weigerten, den Satz zu verarbeiten. Nun ist neuerdings zwischen dem Typographenbund eine Vereinbarung getroffen worden, welche folgenden Wortlaut hat: „Der Bezug und die Verarbeitung von Satz und Matrizen aus Saßfabriken oder gleichartigen Anstalten ist nicht gestattet. Es ist ferner nicht zulässig, daß eine Buchdruckerei für andre Buchdruckereien gemerbsmäßig Satz herstellt oder druckt. Mit dem Vollzuge dieser Vereinbarung ist das Einigungsamt beauftragt.“

Romanische Schweiz. 128 Mitglieder Kaufmanns beschlossen in einer außerordentlichen Versammlung, die Ideen der Verhängung des Streikbanns zu der Arbeiterklasse zu verbreiten. Dem Willkürhüßler der Arbeiterklasse, die Verhängung des Streikbanns durch Konferenzen, Broschüren und Zeitungen dagegen abgelehnt.

In Gebiete der **italienischen Schweiz** wird das Viaktum wieder ausgegahlt.

Dänemark. Nach Verlauf von sieben Arbeitstagen wurde der Kampf beendet, und alle gehen wieder ihrer Arbeit nach. Kein einziger hat sich dem Rufe der Organisation entzogen, einmütig, ohne jedwede Ausnahme, wurden die Blöße in den beteiligten Druckereien verlassen. Nur einige Faktoren, die dem Verband angehörten, und die wohl stehen bleiben durften, denen jedoch technische Arbeit verboten war, haben versagt, indem sie das Verbot unbeachtet ließen. Im dänischen Verbandsorgane sind ihre Namen veröffentlicht, teils mit Beifügung der Photographie und unter der Überschrift: „kollegialer Todesfall“. Das gedachte Verbandsorgan schreibt u. a.: „Wir hatten keine direkten Interessen im Kampf, aber für uns war das eine Probe auf unsre Kriegsbereitschaft.“

Über den Vergleich, der zustande gekommen ist, sind die Meinungen geteilt. Die Arbeitszeit der Lithographen wurde um eine halbe Stunde verkürzt, doch mußten sich die Prinzipale mit einer 14 monatigen Dauer des Vertrags begnügen. Nach Ablauf dieser Zeit hofft man, im ganzen Steindruckgewerbe die achtstündige Arbeitszeit einzuführen, wie im Buchdruckgewerbe. Während des Kampfes wurden von dem Arbeitgebervereine verschiedene schwebende Fragen anderer Arbeiterkategorien aufgerollt. Die vereinigten Fachvereine waren sich deshalb darüber klar, daß ein Nichtgeben auf den Vergleich einen Misserfolg nach sich gezogen hätte. Bereits bestehende und kommende Winter voraussichtlich noch zunehmende Arbeitslosigkeit in einer großen Anzahl von Branchen ließen jedoch einen Erfolg der Arbeiter bei einem etwaigen größern Konflikt zweifelhaft erscheinen. Von den Arbeiterrepräsentanten stimmten 116 für den Vergleich, 22 dagegen und 2 enthielten sich der Stimme. Während des jetzt nun beizulegenden Kampfes verbreiteten die Arbeitgeber falsche, die Arbeiter schädigende Gerüchte. Aber auch die anarchische „Zersplitterungspartei“ schreckte nicht vor der Verbreitung von falschen Gerüchten zurück und arbeitete mit Hochdruck, um den Vergleich zu verhindern. Über alle Veruche, Streit und Zersplitterung in die Reihen der Buchdrucker zu tragen, scheiterten an deren gesundem Sinne. Der vorzügliche Verlauf des Kampfes war ein schöner Beweis von der Solidarität und dem Zusammenhalte der dänischen Buchdrucker. Er wird für die Zukunft seine Wirkung nicht verfehlen.

Schweden. Der schwedische Typographenbund und der Buchdruckerverein (Prinzipale) haben gleichzeitig den jetzt geltenden Tarif gekündigt, der dadurch mit Ende dieses Jahres abläuft. Vorschläge zum neuen Tarife liegen bereits von beiden Seiten vor. Den Mitgliedern

des Typographenbundes wurden die beiderseitigen Vorschläge per Zirkular mitgeteilt und ihnen gleichzeitig der Standpunkt bekanntgegeben, den die Delegierten den Prinzipalvorschlüssen gegenüber einnehmen.

In Stockholm plant man ein größeres Fest zum Besten des Invalidenfonds. Zu gleichem Zwecke ließen die Kollegen in Söderhamn eine Zirkularvorstellung abhalten, die ein gutes finanzielles Resultat ergab.

„Nordisk Bogtryckarekonst“, eine schwedische Fachzeitschrift, die in ganz Skandinavien gelesen wird, forderte vor kurzem zur Beantwortung der Frage auf: „Wie erhalten und fördern wir die Tüchtigkeit untrer Fachangehörigen?“ Die Frage zeitigte eine Menge recht beachtenswerter Beiträge betreffs Ausbildung der Lehrlinge.

Norwegen. Die Arbeitslosigkeit für die hiesigen Buchdrucker ist in diesem Sommer eine recht gute. Statt der üblichen Kündigungen erfolgten sogar Neueinstellungen. Es ist unverkennbar: die Zeiten haben sich gebessert. Die letzten drei, vier Jahre haben der Arbeitslosenkasse des Verbandes viel zu schaffen gemacht. Zur Deckung ihrer Ausgaben mußte eine Extrasteuer ausgeschrieben werden. Tarife wurden in letzter Zeit geschaffen in Stentjärn, Holmestrand und Notodden (eine neue Arbeiterstadt in Telemarken). In Hamfoss wurde ein Ortsverein gegründet. Wegen tarifwidriger Verhältnisse legten die Kollegen einer Druckerei in Valesund die Arbeit nieder. Erfreulicherweise dauerte der Ausstand nur einen halben Tag und endete mit Erfolg.

Die Kollegen in Bergen haben eine Baugesellschaft gegründet. Eine Buchdruckerstadt mit vorläufig 48 Häusern, je zwei kleine Wohnungen enthaltend, ist bereits im Entstehen begriffen.

In Kristiania ist eine Fachschule für Buchdrucker gegründet worden, die am 15. September ihren Unterricht begonnen hat.

Finnland. Dem vierten Kongresse des finnischen Typographenbundes lag eine Tagesordnung von 45 Punkten vor, in deren Behandlung sich sechs Ausschüsse teilten. Für einen neuen Tarif stellte die Versammlung folgende Hauptpunkte auf: höherer Grundlohn, Achtstundentag, Bezahlung für den 1. Mai (im jetzigen Tarif ist Arbeitsruhe garantiert ohne Lohn), Arbeitsruhe an einem von den beiden Wochentagen und Fortbezahlung des Lohns, zwei Wochen Ferien mit vollem Lohne, Verbot für die Prinzipale, Nichtmitglieder einzustellen. Sehr hoch gingen die Wogen der Diskussion bei dem Tagesordnungspunkt: Austritt des Verbandes aus der sozialdemokratischen Partei. Es wurde endlich dem Vorschlage des Ausschusses zugestimmt, weiter in der Partei zu verbleiben, jedoch das von der Partei anerkannte Reservationsrecht anzunehmen für Mitglieder, die nicht wünschten, ihr anzugehören. Weiter wurde der Anschluß an die gewerkschaftliche Landesorganisation der finnischen Arbeiter beschlossen, und zwar einmütig und ohne Diskussion. Der Verhandlungsvertrag wurde auf 2 Mt. pro Monat erhöht, das Eintrittsgeld auf 20 Mt. Dem Invalidenfonds, der nur auf freiwillige Beiträge angewiesen war, sollen jährlich 1000 Mt. überwiesen werden. Der Kongreß setzte ferner die einzelnen Positionen fest für einen neuen Hilfsarbeiter- und Gehilfenstarif. Auch soll zusammen mit den Prinzipalen ein ständiger Tarifauschuß errichtet werden zwecks Auslegung des Tarifs und Schlichtung von Konflikten. Um auch zur Hebung des Gewerbes in technischer Hinsicht beizutragen, wurde beschlossen, alle drei Jahre in Helsingfors eine Ausstellung graphischer Arbeiten zu veranstalten. Von Wichtigkeit war besonders die Frage, inwiefern der jetzige Tarif, der bis 1911 zu gelten hat, weiter in Kraft bleiben soll, da ja die Prinzipalorganisation sich aufgelöst hat. Inzwischen hat sich eine neue gebildet unter dem Namen Arbeitgeberverband für die graphische Industrie. Die ganze Angelegenheit wurde in nichtöffentlicher Sitzung verhandelt, und über den Beschluß in dieser Frage verlautet nur, daß er den jetzigen Verhältnissen Rechnung trägt und sicher dem finnischen Typographenbunde zum Nutzen gereichen wird. Wie schon beim vorigen Kongresse, waren die auswärtigen Delegierten ganz erstaunt über die großartig eingerichteten Druckerlokaleitäten in Helsingfors.

Frankreich. Seit über Monatsfrist herrschen die Geister der Zwiertacht unter den Buchdruckern. Die Lobredner der „direkten Aktion“, des „sozialen Kriegs“, von welchen Mitteln ein großer Teil der Romanen alles Heil erwartet, sehen die Saat ippig aufgehen. Ob sie wohl mit der Ernte zufrieden sind?

Unsre Leser erinnern sich der blutigen Vorgänge in Draveil, wo das Militär schonungslos gegen Ausständige vorging. Die allgemeine Erregung der Arbeiterklasse zog auch ihre Kreise bis auf den Pariser Segevereine, der beim Zentralkomitee anfragte, ob bei einer eventuellen Wiederholung ähnlicher Massenersatz zum Generalfestzug ge-griffen werden sollte. Eine Urabstimmung innerhalb des gesamten Bucharbeiterverbandes solle darüber entscheiden.

Diesem Instinnen gegenüber verhielt sich das Zentralkomitee ablehnend, da das Statut hierüber keine Unklarheit zulasse: „Es dauert“, so lautet sein Beschluß in der Sitzung vom 4. Juli, „die blutigen Vorgänge, aber es glaubt nicht, daß durch Annahme haßerfüllter oder gewalttätiger Tagesordnungen noch durch einen Generalfestzug von 24 oder 48 Stunden dem Proletariat derartige Blutaussparungen erspart bleiben; im Gegenteil.“

Wie schnell ging diese Prophezeiung in Erfüllung! Am 30. Juli waren 15 000 Soldaten in und um Vigneux versammelt, um die Ordnung aufrecht zu erhalten, da gegen 10 000 Pariser Arbeiter den dort freifreudigen Erdarbeitern einen Sympathiebesuch machen wollten. Einige blinde Schüsse fielen aus der Menge — Spiegeln zugeschrieben —, die Truppe wütet wie in Draveil, und unter

den zehn Toten befindet sich auch der Kollege Marchand, Schriftführer der Mitgliedschaft in Billeneuve-Saint-Georges, einer Nachbargemeinde, gänzlich unbeteiligt an den Vorgängen — er lehrte von einer Stadtpartei nach Hause.

Hierauf sandte der Vorstand des Pariser Segevereins ein Zirkular an alle seine Mitglieder, als Protest am Begräbnistage der Opfer in Vigneux die Arbeit 24 Stunden ruhen zu lassen: „Vom Sonntag, den 2. August, abends, bis zum Montag gleicher Zeit hat alle Arbeit zu ruhen; keine Tageszeitung darf herauskommen“.

Das Zentralkomitee, hieron benachrichtigt, ließ den Mitgliedern volle Entschlußfreiheit, nach ihrer Überzeugung und unter ihrer Verantwortlichkeit sollten sie handeln. Es sei für eine fakultative Suspension der Arbeit.

Mit welchem Erfolge dies geschah, ist unseren Lesern aus der Tagespresse bekannt. Nur ein Duzend Blätter erschienen nicht; die vielen anderen wurden mit Hilfe von stehendem Sab, Anwerbung von Soldaten usw. so gut es ging fertiggestellt. Die Kollegen im „Journal“ opferten ihren Tagelohn für die Hinterbliebenen der Massakrierten; im „Matin“ verjuchten sich die Redakteure an den Schreibmaschinen; im „Radical“ wurden einige zu allem bereit Hausweiber angeworben; der „Gaulois“ wurde durch einen einzigen Mann, den Metteur, mit Hilfe von alten Ladenhütern und mit viel Stegen zusammen gestellt usw.

Das ging dem Vorstand des Segevereins gegen den Strich. In seinem Organe, dem „Bulletin“ vom 1. August, mit Exorzismen versehen, schreit er über Berat des Zentralkomitees und berief für den 8. August eine Generalversammlung ein, die sich mit dessen „unqualifizierbarer Haltung“ beschäftigen sollte.

Über die am 8. August in der Pariser Arbeiterbörse abgehaltene Versammlung entnehmen wir dem „Temps“ folgendes: Zweitausend Seher etwa hatten sich eingefunden, um die Haltung des Zentralkomitees zu besprechen. Die heftigsten Vorwürfe wurden Keufer entgegen geschleudert; ein Redner nahm ihm die Reise nach Nantes in Gemeinschaft des Ministers Viviani gewaltig übel (Keufer fuhr dahin im Auftrage des Gesamtvorstandes, um dem 75-jährigen Stiftungsfeste der dortigen Mitgliedschaft beizuwohnen); der Vorhänge des Segevereins, Sergent, bejähigte ihn der Ordensjäger für seine Kollegen, der Begrüßung von Verwandten und Freunden usw. Man hörte Rufe aus der aufgeregten Versammlung wie: „Abdanken!“, „An die Laterne!“. Endlich kam der Angegriffene zum Wort. Er übernehme die Verantwortung für seine Handlungen, führe er aus, auch je es nicht das erstemal, daß er Gegenstand feindlicher Angriffe sei, die man hinterher bereut habe. Leider wurde Keufer fortwährend unterbrochen, daß er nicht weiter sprechen konnte. Nachdem mit Mühe die Ruhe hergestellt war und er unterwies, daß der Generalstreik nicht ausschließlich Paris angehe, machte man abermals solchen Kärm, daß er abtreten mußte. Nach unbeschreiblichen Szenen, sagt das Pariser Blatt, wurde endlich, um Mitternacht, folgende Tagesordnung angenommen: „Die Versammlung billigt die Tätigkeit des Komitees des Pariser Segevereins in der Bewegung der Protestation gegen die Tötung unserer Kameraden; sie tadelt energisch das Zentralkomitee des französischen Bucharbeiterverbandes wegen seines unwillkürlichen Verrats und beschließt, an der Urabstimmung nicht teilzunehmen.“

Das Referendum, vom Zentralkomitee an alle Mitglieder verfaßt, hat folgenden Wortlaut: 1. Sind Sie Anhänger des vom Generalrate der Arbeit verfaßten Generalstreiks? 2. Sind Sie Anhänger des Generalstreiks, wenn die durch Gesetz vom Jahre 1884 bewilligte gewerkschaftliche Freiheit unterdrückt würde? 3. Willigen Sie die Haltung des Zentralkomitees während der letzten Vorgänge?

Wie man sieht, ist allüberall der Dienst zum Besten der Kollegen ein harter und undankbarer. Keufer, ein Menschenalter lang trotz aller Verwundungen und Angebete treu auf seinen Posten ausdauernd wird gesagt, daß seine Zeit vorüber sei, er wäre zur Mumie geworden, solle andern Platz machen, bezieht ihn der Feigheit usw. Nun die Kameraden in der Provinz haben auch ein Wort mitzureden.

Inzwischen hat das Referendum stattgefunden und einen Sieg des Zentralkomitees ergeben. Frage 1 wurde mit 6333 Nein gegen 1196 Ja beantwortet. Frage 2 bejahte 6643 Bestimmende, 811 verneinten sie. Frage 3 wurde mit 6413 Ja und 1096 Nein beantwortet. Der Pariser Segeverein (3400 Mitglieder) hatte beschloffen, an diesem Referendum nicht teilzunehmen. Trotzdem liefen von diesem 802 gültige Stimmzettel beim Zentralkomitee ein. Diese Stimmzettel entschieden wie folgt: Frage 1: 31 Ja, 748 Nein; Frage 2: 589 Ja, 158 Nein; Frage 3: 711 Ja, 65 Nein.

Sonst sieht es nicht lustig in Frankreich aus. Der Prinzipal Simon in Rennes wollte Frauen an seine Monotypes stellen. Aber 70 Mann verließen die Arbeitsstätte — nur vier Hausweiber schlossen sich der Bewegung nicht an —, nach drei Wochen wurde Frieden geschlossen.

Keufer berichtete in anerkennenden Worten über den Kölner Kongreß. „Es ist sehr interessant, die Arbeit einer solchen Versammlung zu verfolgen, an dem Männer von Erfahrung und anerkannter Autorität teilnehmen.“ Und über die Beschlußfassung, die Sparten betreffend: „Die gleichen Sachen zeigen sich überall; aber mit welcher Vorsicht, welchem praktischen Geist und welcher Disziplin lösen die deutschen Kollegen derartige schwierige Fragen!“

Die Kompanie der Ostbanten schrieb ihre Drucksachen aus. Chaig forderte 12500, Dupont 12200, Hugonis 11900, Oberthur 7000 Franken. Der billige Mann bekam natürlich die Arbeiten.

Das „Journal de l'Imprimerie“ plazierte seine „Überblick des Auslandes“ in folgender Reihenfolge: Deutschland, England, Österreich-Ungarn, Württemberg (!), Amerika usw.

Belgien. Der Verein der Brüsseler Schriftsetzer feierte am 12. Juli sein vierzigjähriges Bestehen. Am 27. Juli bildete sich in Brüssel ein Kollegengefangverein. 40 Mitglieder traten sofort bei.

Italien. Die Mailänder Buchbindersektion hat nun nach ihrem gefaßten Versammlungsbefehle, aus dem Buchdruckerverband auszutreten, einen Fragebogen an alle Buchbindersektionen des Landes verfaßt zwecks Gründung eines eignen Verbandes; auch eine Konferenz soll sich nächstens mit dieser Frage beschäftigen. Viele Sektionen haben noch nicht geantwortet und an Gegnern dieser Idee wird es unter unren Schwägern nicht fehlen; ja, ein großer Teil der Sektionen ist sogar gezwungen dazu, weil moralische und finanzielle Verpflichtungen sie noch an den Buchdruckerverband knüpfen. Der Zentralvorstand war stets ein Weiswort der Gebanten, daß, sobald die Buchbinder in unseren Reichen die nötige Stärke erreicht hätten, ihnen auf eigne Weine geholfen werden müßte, doch durfte der Zentralvorstand bei seinem wichtigen Versammlungsbefehle nicht so mir nichts mir nichts ignoriert werden. (Wie schon unter dieser Rubrik berichtet, besam der Zentralvorstand erst brieflich Nachricht von obigen Beschlüssen.) Der Zeitpunkt des Austritts der Buchbinder aus dem Bucharbeiterverband ist auch unser Erachtens verfrüht und wird eine Zerstückelung der Kräfte in erster Linie den Buchbindern selbst zum Schaden gereichen. Übrigens sollten, bei etwas Studium der schlechten Organisationsverhältnisse und der noch herrschenden allgemeinen Rückständigkeit im Buchbindergewerbe — nur wenige Städte machen eine rühmliche Ausnahme — unsere Schwäger über den einzigen einzuschlagenden Weg im klaren sein. Bis jetzt besteht ein eigenartiges Verhältnis für die ausländischen Buchbinderkollegen; finden solche in Italien Arbeit, so bleibt ihnen nichts andres übrig, als zum Buchdruckerverband zu flüchten, mit dem aber die Buchbinderverbände des Auslandes in keiner Gegenseitigkeit stehen. Verläßt ein solcher Kollege dann wieder Italien, bekommt er ein Buch ausgestellt, mittels dessen er dann die Reiseunterstützung bei den Buchdruckerverbänden des Auslandes erheben könnte.

Aus Bologna wird eine hierzulande gar seltene Nachricht gemeldet, nämlich das Fehlen von — Restanten. Dieses erfreuliche Ergebnis wurde mit einem ziemlich energischen Mittel erreicht: die Prinzipale verpflichteten sich laut schriftlichem Übereinkommen, jedem Gefährten zu kündigen, der von dem Buchdruckerverband aus irgend einem Grund ausgeschlossen wird.

Der neuwählige Bezirksvorstand in Rom richtet als erste Tat ihr größeres Zirkular an die Mitglieder. „Es wird gleich im Anfang betont, daß er sich wohl bewußt ist, welche Verantwortlichkeit er sich auflade, doch das Vertrauen zu den Mitgliedern soll ihm überkommene Hindernisse hinweghelfen. Es wird dann ausführlich dargelegt, wie Rom, das stets an der Spitze marschierte, seit 1903 von den Schwefelsektionen in moralischer und finanzieller Beziehung überholt wurde. Das Zirkular dient dem Zweck, den Mitgliedern eine größere Tarifbewegung anzuzeigen. Insbesondere soll der zehnstündige Arbeitstag abgeschafft, das Minimum erhöht und ein machsames Auge auf die Gefängnisarbeit gerichtet werden.“

Am 13. und 14. September beging die Sektion Turin ihr sechzigjähriges Jubiläum. Sie ist nicht nur die älteste Sektion des Verbandes, sondern auch die erste Gewerkschaft, die in Italien gegründet wurde.

Durch den Ausschluß, den der Verband in den letzten zwei Jahren (Tarifkampagne) genommen und speziell durch die gegenwärtige zühige Mitarbeit in allen Teilen des Landes am Zentralorgane — nach einer Auforderung der neuen Redaktion — macht sich der Raumangel bei monatlich zweimaligen Erscheinungen besonders fühlbar. Der Zentralvorstand beschloß deshalb in einer Sitzung einstimmig das wöchentliche Erscheinen des „Lavoratore del Libro“. Es wurde eine Kommission gewählt, die in Kürze ein Projekt und den Vorschlag zur Verwirklichung dieses Gebantens ausarbeiten soll. Der Schritt nach rückwärts des letzten Kongresses in Rom, der das Erscheinen von drei- auf zweimal im Monate reduzierte, wäre somit wieder gutgemacht.

England. Die Arbeitslosigkeit in unsern Berufe hat hoffentlich in diesem Monat ihren Höhepunkt erreicht, denn es zeichneten vor einiger Zeit nicht mehr als 1450 als Arbeitslose in London. Angehörige dieser großen Zahl will die Londoner Segegesellschaft vorläufig keine Zureisenden als Mitglieder aufnehmen, da sie der Meinung ist, daß die Arbeitgeber bei der großen Auswahl Gelegenheit haben, im Bedarfsfalle den Nützlichsten zu finden. — Die liberale Londoner „Westminster Gazette“ ist kürzlich von einem Syndikat reicher Liberaler angekauft worden und wird jetzt in der Druckerei des „Daily Chronicle“ hergestellt. Es ist beabsichtigt, im Anfang nächsten Jahres die „Westminster Gazette“ als Morgen- und Abendblatt erscheinen zu lassen. Einer der Millionäre des Syndikats hat die edle Absicht, dem noch in der Entwicklung sich befindlichen täglichen Arbeiterblattes Geburtshelferdienste zu leisten. Allen Anschein nach ist es bei der Absicht geblieben. Und doch hat ein täglich erscheinendes Arbeiterblatt mehr Aussicht auf Erfolg als ein liberales Pennyblatt, wie es die vor einiger Zeit eingegangene „Tribune“ bewies, wobei der Eigentümer 300000 Pf. St. verlor. — Das Altersversicherungsgesetz ist, wie schon an anderer Stelle be-

richtet, angenommen. Die Pension beträgt je nach dem Einkommen für jede Person über 70 Jahre pro Woche 1—5 Schilling. — Die „Times“ ist jetzt in die Hände des Lord Northcliffe, dem Besitzer der „Daily Mail“ und etwa 50 anderer Zeitungen aller Partei- und Geschmacksrichtungen, übergegangen und große Aussicht ist vorhanden, daß in Zukunft die „Times“ nur von Verbandsmitgliedern hergestellt werden wird.

Amerika. Die Deutsch-Amerikanische Typographie erlitt ihren 35. Jahresbericht. Es wird dort über große Arbeitslosigkeit gesagt, „da verschiedene deutsche Zeitungen ihr Erscheinen einstellen mußten und dadurch unsere Mitgliedszahl gesunken und unsere Arbeitslosigkeit und die Ausgaben dafür gewaltig gestiegen sind“. Dieses Zusammenschmelzen der deutschen Presse Amerikas, welches an einer anderen Stelle der Bericht beklagt, ist für das Deutschtum in Amerika keine erfreuliche Erscheinung und damit auch nicht für unsere deutschen Kollegen im Lande Uncle Sams. Dabei befinden sich noch verschiedene deutsche Blätter in einem schmerzlichen Existenzkampf. Die Deutsch-Amerikanische Typographie zählte im Jahre 1907 25 Regionalvereine mit 971 Mitgliedern. Der Bestand der Allgemeinen Kasse betrug rund 27000 Mk. Die Gesamteinnahmen betrugen rund 129000, die Gesamtausgaben 102000 Mk. Von den Gesamtausgaben entfallen rund 60000 Mk. auf Unterstützungen. Für den Achtstundentag lieferte der Bund an Extrasteuern 266000 Mk. Auf der 54. Generalversammlung der International Typographical Union, der die Deutsch-Amerikanische Typographie angeschlossen ist, kam auch die „politische Frage“ zur Erörterung, wobei der Präsident Lynch erklärte, „daß die I. T. U. noch nie eine politische Partei unterstützt habe und dies wahrscheinlich noch auf Jahre hinaus nicht tun werde“, womit dieser Punkt seine Erledigung fand. — Daß auch unsere amerikanischen Kollegen mit der sozialdemokratischen Partei zu kämpfen haben, geht aus folgenden Auslassungen der „Deutsch-Amerikanische Buchdruckerzeitung“ hervor: „Unter Ausschluß der Öffentlichkeit erscheint heute noch (wie zu der Zeit, von der ich hier berichtete) in Newyork ein Blatt in englischer Sprache, das sich das Parteiorgan der Socialist Labor Party nennt und den usurpierten Titel „Daily People“ trägt. Die Hauptaufgabe dieses Nevolublatte sans phrase ist es, den Skandal zu kultivieren. In Ermanglung von Tagesneuigkeiten oder belehrenden Artikeln, wie man sie in einem sich „Parteiorgan“ nennenden Blatte erwarten sollte, finden sich in denselben Angriffe auf die sogenannten „pure and simple“ Gewerkschaften, deren aktive Mitglieder und die angeblich darin herrschende Korruption usw., so daß man zu der Annahme kommen müßte, diese Gewerkschaften seien es nicht wert, daß ihre Mitglieder, nachdem sie diese Angriffe gelesen, ihnen auch nur einen Tag länger angehören.“ — Wahrheit: eine traurige Agitationsschreibweise in einem Blatte, das sich „unabhängig“ die „Wirkung“ gesteckt hat, die „höflichen“ Arbeiter über ihre Klassenlage aufzuklären und sie in die Reihen der politisch fortgeschrittenen Arbeiterorganisationen zu führen. Doppelt traurig, wenn man weiß, daß diese Angriffe zum überwiegenden Teil nur traurige Mache und die Verüßer feindseliger Madaubrüder sind, die durch Dreckschleudern ihre eignen schmutzigen Manipulationen zu verdecken suchen.“

Korrespondenzen.

Barmen. Zu dem Bericht aus Barmen in Nr. 103 geht uns folgende Berichtigung zu: 1. Es ist nicht wahr, daß den Mitgliedern des Verbandes und des Gutenbergbundes wegen ihres Vorgehens zwecks schriftlicher Tarifanerkennung gekündigt worden ist. Dahingehende Vorstellungen haben mehrfach stattgefunden und ist deshalb früher ebenföwenig gekündigt worden wie heute. Der wahre Grund liegt darin, daß man gemeinsam beschloffen hatte, uns durch eine Kündigung an einen bestimmten Tage geschäftlich besonders schwer zu schädigen. Sehr eilige und wichtige Aufträge sollten nicht erledigt werden können. Diesem wohlwollenden Vorhaben sind wir durch unfre Kündigung zuvorgekommen. 2. Eine Tarifverleugung hat seitens unserer Firma niemals stattgefunden. Man hat uns lediglich auf Grund einer Klage zu Unrecht verurteilt. Die Aussagen von Prinzipalinnen und der Nachweis aus den Lohnbüchern scheinen aber weniger wertvoll zu sein, wie die auch heute noch als unmaß nachzuweisenden Angaben eines Gehilfen. 3. Unsere Firma ist nicht aus dem Tarifverzeichnisse gestrichen worden, sondern hat die Tarifgemeinschaft aus erklärlichen Gründen freiwillig gekündigt. Die Akten werden es beweisen. — Um übrigen würde es mit Freude zu begrüßen sein, wenn der Ortsvorsitzende Müller sich in seinem Bericht an den „Kor.“ genau so benähme, wie in Wirklichkeit, und nicht erst hinterher auf dem Papiere große Töne redete. Von einem „faum glaublichen Anfinnen“ ist seitens des Herrn Müller gar keine Rede gewesen, im Gegenteil hat er versprochen, zu sehen, was zu machen sei. Bei dieser Gelegenheit haben wir Herrn Müller erklärt, daß wir nach dem Tarife bezahllen, tarifgemäße Arbeitszeit und Bezahlungssta haben. Herr M. erklärte darauf sofort, es genüge ihm vollkommen, wenn wir ihm das schriftlich gäben. Das ist an demselben Tage geschehen. Hinterher scheint aber Herr M. ein Bild darüber aufgegeben zu sein, daß die schriftliche Anerkennung des Tarifs auch noch andere Bestimmungen umfaßt, denen wir uns nicht unterwerfen wollen. Letzteres ist Herrn M. klar und deutlich gesagt worden. Trotzdem sein Wunsch nach dem Briefe hinterher hat er versucht, den Tatbestand abguleugnen

jedoch sind Zeugen für denselben vorhanden und unser Brief existiert ja wohl auch noch. Wenn man mit uns Krieg führen will, haben wir nichts dagegen, aber wir verlangen, daß er in möglichst anständigen Formen geführt wird. Geschlecht es nicht, dann muß man eben auf die geeigneten Gegenmaßnahmen des Gegners gefaßt sein. Von letzteren haben wir unter Berücksichtigung der Befehlsgebung Gebrauch gemacht. Hochachtungsvoll
Syll & Klein.

Bezirk Bonn. Die letzte Bezirksversammlung unseres Bezirks in seiner jetzigen Größe am 6. September in Koblenz war noch einmal gut besucht. Die Teilnehmerzahl (aus Koblenz mit rund 50 von 63 Mitgliedern überhaupt gerechnet, die genaue Zahl von Koblenz konnte nicht festgestellt werden) betrug 200 von 413 Bezirksmitgliedern; dazu waren 24 durchreisende Kollegen anwesend. Die Tagesordnung war wegen der am 1. Oktober mit der Bezirksstellung eintretenden vollständigen Neuordnung frei von Anträgen und Berichten und sehr kurz. Vornweg wurde jedoch ein zu Beginn der Versammlung eingebrachter Antrag von zwei Gummersbacher Mitgliedern behandelt: „Die Bezirksversammlung wird ersucht, dem Bezirksvorsteher und ebenso dem Bezirksvorstand eine energische Klage zu erteilen. Der Bezirksvorstand hat nämlich dadurch seine Pflichten gröblich verletzt, daß er Mitgliedern, die ihren Pflichten dem Bezirke gegenüber stets nachgekommen sind, von der Urabstimmung betreffs Abhaltung der Bezirksversammlung willkürlich ausschloß und ihnen die Einladung zur heutigen Versammlung vorenthielt.“ Dem Antrag lag die Tatsache zugrunde, daß der Bezirksvorstand infolge der durch verschiedene „Korr.“-Berichte bekannten Vorgänge jeden direkten geschäftlichen Verkehr mit dem Ortsvereine Gummersbach abgebrochen hatte. Nach längerer Erörterung wurde der Antrag mit allen gegen vier Stimmen abgelehnt, dagegen eine Erklärung angenommen, welche die Zerwürfnisse zwischen Gummersbach und dem Bezirksvorstande bedauert und eine baldige Beilegung ersucht. Der gedruckte Kasfenbericht, der diesmal wieder einen Bestand, wenn auch nur 51 Mk. aufwies, wurde ohne Erörterung genehmigt. Zum Punkte „Bezirksstellung“ wurde vom Vorstande vorgeschlagen, einen Ausschuß einzusetzen, der die Vorstandsangelegenheiten für das laufende Vierteljahr, die wegen der am 1. Oktober eintretenden Teilung des Bezirks in drei Bezirke (Bonn, Koblenz und Siegen) einer Bezirksversammlung nicht mehr unterbreitet werden können, nachzuprüfen haben werde. Aus der Mitte der Versammlung wurde jedoch betont, daß der heutige Bezirksvorstand das allseitige Vertrauen bis zum letzten Augenblicke seiner Geschäftsführung genießen werde, infolgedessen ein Prüfungsausschuß und die daraus entstehenden Kosten überflüssig seien; es wurde beschlossen, die Regelung der Kasfenverhältnisse vollständig dem Vorstand und den statutenmäßigen Revisoren zu überlassen. Der verbleibende Überschuß soll nach der Kopfzahl geteilt werden. Kollege Schmidt (Reinwied) nahm hierbei Bekanntschaft, den Vorstand für seine bisherige Tätigkeit zu danken und darauf hinzuweisen, daß — mit den aus der Fehlerhaftigkeit jedes Menschen sich ergebenden Ausnahmen — die Personen des Vorstandes ihre Ämter zur allgemeinen Zufriedenheit geführt hätten und sie nach wie vor das Vertrauen aller besitzen. (Die Versammlung bekundete ihr Einverständnis durch Erheben von den Säulen.) Er hoffe, daß auch die Justizstellen mit Gummersbach im Interesse der Allgemeinheit heute noch gehoben werden würden. Vorsitzender Waldus dankte für die dem Vorstande dargebrachte Ehrung und warf einen kurzen Rückblick auf die Entwicklung des alten Bezirks, der vor acht bis zehn Jahren 60 Mitglieder gezählt, seit einem Jahr aber die Zahl 100 überschritten habe. Er dankte den Ortsvereinen und kleineren Mitgliedschaften für ihre eintätige Mitarbeit und wünschte, daß die neuen Bezirke in Zukunft als gute Nachbarn nebeneinander wirken und alle drei gedeihlich und kräftig sich weiter entwickeln möchten. Die Versammlung ehrte dann die verstorbenen Kollegen Schmidt in Koblenz und Vern in Reinwied. Nachdem noch die Auszahlung des Jahresgeldes 4. Klasse beschlossen worden war, ging die Versammlung mit einem kräftigen Hoch auf den Verband auseinander. — Es sei hier angefügt, daß nach der Versammlung eine Einigung zwischen dem Bezirksvorstand und dem in seiner Mehrheit (von zwölf Mitgliedern acht) anwesenden Ortsvereine Gummersbach zustande kam, indem sich der Bezirksvorstand mit dem ihm von der Bezirksversammlung durch Ablehnung des Gummersbacher Antrags ausgedrückten Vertrauen befriedigt erklärte und beide Teile versprachen, nichts mehr gegeneinander unternehmen zu wollen.

Breslau. (Erwiderung.) Der Bezirksvorsteher Hoffmann (Waldenburg) greift mich in Nr. 106 des „Korr.“ in meiner Eigenschaft als Schriftführer beim Gautag in so geschäftiger Weise an, daß ich ihm beim besten Willen nicht eine Antwort schuldig bleiben kann. Kollege H. behauptet, um ihn in gewissen Kreisen zu misgünstigen, hätte ich ihn im Gautagsberichte die Worte in den Mund gelegt: „Prinzipale und Faktoren haben kein Verhältnis für Verbandsinteressen.“ Ich kann dem Kollegen H. versichern, daß gerade ich das größte Interesse hatte an seiner Begründung des Antrages: „Prinzipale dürfen nicht Mitglieder des Vorstandes sein“, und deshalb mit extra gespielten Öhren auf seine Worte lauschte, weil ja die ganze Aktion gegen mich gerichtet schien. Hält mich Kollege H. wirklich für so dumm, daß ich gerade bei diesem Punkte so unvorsichtig sein würde, die strenge Objektivität des Schriftführers zu verlassen und anders zu schreiben, als was vor so vielen Öhren kurz und erbaulich gesagt wurde? Das glauben Sie doch wohl selbst nicht, Kollege H.? Also, Sie haben

gesprochen, wie es sofort genau niedergeschrieben wurde, daran ist auch nicht ein Tipfelchen zu ändern. Warum bringen Sie aber auch keinen Zeugen dafür, daß Sie anders gesprochen haben? Ich habe jedenfalls hinter mir die langjährige Erfahrung und Routine als Schriftführer, denn es ist das vierte Gautagsprotokoll, welches ich diesmal geschrieben habe, und bisher ist mir noch nie ein Vorwurf der Unrichtigkeit gemacht worden. Sie sind der erste, haben dafür aber auch das erste mal einem Gautage beigewohnt. Ich will zu Ihren Gunsten annehmen, daß Sie sich beim Schreiben der Zeilen für den „Korr.“ in einer kampfswilligen Stimmung befanden; vielleicht weil Ihr Vorschlag, den bisherigen Gauvorsteher wieder als solchen vorzuschlagen, in Ihrem Ortsverein nur mit 20 gegen 16 Stimmen (also nur mit 4 Stimmen Mehrheit) durchging. Da kann ich doch aber nichts dafür, oder sind Sie mir deshalb so böse, weil Sie vor kurzem auf meine Veranlassung gezwungen wurden, sich selbst zu berichtigen? Ich meine Ihre öffentliche Behauptung: drei Fünftel (berichtigt ein Fünftel) aller Nichtmitglieder seien in Schlesien? Das ist doch auch kein Grund. Oder befanden Sie sich bei Abfassung Ihrer Zeilen vielleicht wieder in demselben „Stadium“ wie beim Schlusse des Gautags, wo man seinen eignen Gut nicht mehr wieder erkennt? Oder hat vielleicht gar der Waldenburger Kohlenraub bereits soweit die winzigen Ganglien Ihres Gehirns verstopft, daß dadurch zeitweilig an normale Zustände hervorgerufen werden? Das wäre sehr zu beauern. Oder endlich, ist die ganze Geschichte nur darauf berechnet, Wahlmache zur jetzigen Gauvorstandswahl und Stimmung gegen mich zu machen? Das letztere scheint eigentlich am meisten der Fall zu sein; nun, warten wir ruhig den Erfolg ab. Jedenfalls mußten Sie, Kollege H., als Verbandsfunktionär wissen, daß man in solchen Fällen nicht ohne weiteres öffentlich in „Korr.“ gegen einen Kollegen wütet, sondern Sie brauchten unter Nennung der Zeugen, die Sie andres haben sprechen hören, als im Bericht steht, sich nur beschwerend über den Gauvorstand oder noch besser an die gewählte Redaktionskommission zu wenden und um offizielle Berichtigung zu ersuchen. Daß Sie dieses nicht taten, zeigt eben offensichtlich die beabsichtigte Mache. Im geschriebenen Protokoll steht wörtlich: „Hoffmann (Waldenburg) begründet den Antrag damit, daß Prinzipale und Faktoren kein Verhältnis für Verbandsinteressen haben und niemals Arbeiterinteressen vertreten können. In seinem Bezirke könne kein Faktor den Bezirksvorsteherposten erhalten. Bei Prinzipalen spiele auch der Geschäftsneid mit.“ Im Bericht an den „Korr.“ brachte ich nur den ersten Satz als wichtigste Begründung und der Gauvorsteher Fiedler hat diesen Bericht genau geprüft und rebigiert, ohne an dem fraglichen Punkt eine Änderung zu treffen. Auch in dem zu druckenden Protokolle für die Gaumitglieder hat Kollege Fiedler nur den ersten Satz stehen lassen und die beiden letzten Sätze eigenhändig gestrichen. Auch die Redaktionskommission hat hier nichts zu ändern gefunden, und ich meine, wäre auch noch der erste Satz gestrichen worden, so bliebe von Ihrer ganzen tauarigen Begründung ja überhaupt nichts mehr übrig, denn was Ihnen jetzt nachträglich einfällt, was Sie damals haben sagen wollen, kann für das Gautagsprotokoll absolut nicht maßgebend sein. Interessant ist ja auch Ihr eignes selbiges Geständnis, daß die Spitze des betreffenden Antrages gegen mich gerichtet war; mir persönlich aber, Kollege H., stellen Sie das (es war allerdings an Wülfel) ganz entschieden in Abrede. Wer ist also hier der Lügner? So, Kollege Hoffmann (Waldenburg), jetzt sind wir quitt und können bei nächster Gelegenheit Brüderchaft trinken.

Paul Büchner, Schriftführer im Gauvorstande.
Flensburg. Am 6. September hielt der Maschinenmeisterverein Flensburg eine Agitationsversammlung in Schleswig ab. Nach Eintreffen der auswärtigen Kollegen in Schleswig wurden uns auf Anregung des Kollegen Maas daselbst die dortigen drei verschiedenen Anlageapparate im Betriebe zur Besichtigung vorgeführt, und sagen wir den dortigen Kollegen für ihre Bemühungen den innigsten Dank. Gegen 3 Uhr wurde im Buchdruckervereinstokale „Timmtes Hotel“ die Versammlung eröffnet. Anwesend waren von Flensburg Maschinenmeistervereine 10, aus Schleswig 5, Hufum 3, Kiel 2 und Rendsburg 1 Kollege sowie der Vorsitzende des Schleswiger Ortsvereins Gutenberg. Der Vorsitzende unserer Sparte begrüßte die Anwesenden und hieß sie alle in unserer Mitte herzlich willkommen, sodann referierte er über den Zweck und die Ziele der deutschen Maschinenmeistervereine. Hierauf gab der Schriftführer einen Bericht über das Wirken und der Kassierer über die Kasfenverhältnisse und Verwendung der Gelder der Ortsgruppe Flensburg, um den dem Vereine noch fernstehenden Kollegen einen Überblick über das gesamte Wirken des Vereines zu verschaffen. Zum Schlusse hielt der Kollege B. (Kiel) einen Vortrag über das Zurückgehen der Klischees und führte alsdann das Ägen der Zurichtungen praktisch vor. Die Folge dieser Versammlung war, daß die drei aus Hufum anwesenden Kollegen und ein Kollege aus Schleswig (einer war schon Mitglied) dem Vereine als Mitglieder beitraten; die weiteren drei aus Schleswig anwesenden erklärten, event. „später“ sich dem Vereine anzuschließen. (Die aus Kiel und Rendsburg Anwesenden sind Mitglieder des Brudervereins Kiel.) So wollen wir denn hoffen und uns freuen, wenn im nächsten Gaubericht auch diese drei als Mitglieder mit verzeichnet werden können.

Halberstadt. (Beripätet.) Am 30. August wurde im Schwabenbergischen Lokal eine Maschinenmeisterversammlung abgehalten, die von 41 Druckerkollegen

aus den Harzorten Wschersleben, Wlantenburg, Halberstadt, Wschersleben, Osterwieck, Queblinburg und Thale besucht war, und die wieder Erwartungen für die Beteiligten einen überaus anregenden Verlauf nahm. Den Verhandlungen wohnten auch der Bezirksvorsteher und ein Vertreter des Gauvorstandes bei. Das Referat auf dieser Versammlung hatte in bereitwilligster Weise Kollege Hesselbarth (Leipzig) übernommen, der sich in längerer, klaren Ausführungen über Zweck und Ziele der Maschinenmeistervereine verbreitete, um darzutun, daß der Zusammenschluß aller Kollegen eine dringende Notwendigkeit sei. In der sich anschließenden Diskussion erklärten sich sämtliche Redner voll und ganz einverstanden. Die Halberstädter Kollegen wurden beauftragt, die Gründung eines Maschinenmeistervereins für die Harzorte in die Wege zu leiten. — In der am 4. September abgehaltenen kombinierten Sitzung wurde die Gründung definitiv beschlossen und in den Vorstand Kollege Max Ruz, Hohensollernstraße 67, als Vorsitzender und Kollege Julius Wante als Kassierer gewählt. Die regelmäßigen Zusammenkünfte finden am Mittwoch vor dem 15. eines jeden Monats statt. Möge der Verein, der seine Tätigkeit nur im Rahmen des Verbandes zu entfalten gedenkt und sich vornehmlich zur Pflicht gemacht hat, für die Weiterbildung seiner Mitglieder in technischer Beziehung besorgt zu sein, auch im hiesigen Bezirke von allen Druckerkollegen tatkräftig unterstützt werden. Dann dürften die Hoffnungen nicht zu schanden werden, die bei der Gründung des Vereines zum Ausdruck gebracht worden sind.

Hamburg-Altona. Der Buchdruckerverein in Hamburg-Altona hielt seine Mitgliederversammlung am 8. September ab. Dieselbe wurde mit einem Vortrage des Schriftstellers Fr. Kauffötter eröffnet. Der Vortrag, eine philosophische Abhandlung über das Thema: „Die sozialen Erscheinungen und ihre Wandlungen — ein Beitrag zur Frage der materialistischen Weltanschauung“, wurde mit Beifall aufgenommen. Der Vorsitzende Dreier berichtete dann kurz über unser bis jetzt bestehendes Gegenseitigkeitsverhältnis mit dem Gau Schleswig-Holstein. Da beide Gauen in ihren Unterstützungsleistungen Änderungen getroffen haben, so machte sich die Abänderung des Vertrages notwendig, und legte Redner der Versammlung folgende neue Fassung vor: „Den Mitgliedern des Gaues Hamburg-Altona, die nach Schleswig-Holstein überfiedeln, bzw. den Mitgliedern des Gaues Schleswig-Holstein, die nach Hamburg überfiedeln, werden die in dem einen Gau geleisteten Beiträge in dem andern Gau angerechnet. Diese Gegenseitigkeit erstreckt sich nur auf die Arbeitslosenunterstützung, und zwar in der Weise, daß bei 50 geleisteten Gaubeiträgen ein Zuschuß von 50 Pf. täglich (wöchentlich 3,50 Mk.) auf die Dauer der Arbeitslosenunterstützung gewährt wird.“ Die Abstimmung resultierte die einstimmige Annahme. Hierauf wurden die Personalberäuberungen verlesen. Anschließend hieran berichtete Kollege Dreier über den seit 1. Juli d. J. wieder von uns verwalteten paritätischen Arbeitsnachweis. Dieser Bericht zeigte, daß auch uns die wirtschaftliche Krise hart anfaßt; so konnten in den letzten vier Wochen nur Ausnahmiskonditionen nachgewiesen werden, darunter nur drei mit länger als achtstägiger Dauer. Kollege Steinhardt gab den Kollegen zu bedenken, daß die große Arbeitslosigkeit ihren Wippen in den ungedrungen politischen Zuständen habe, und forderte die ersten auf, dieselben zu bekämpfen. Recht anmutig nehme es sich auch aus, wenn der Vorsitzende der Innung der Hamburger Prinzipale die letzteren scharf machte, doch ja die Lehrlingsstala voll auszunutzen. Redner war der Meinung, daß man solchen Verhältnissen gegenüber die Überstunden verweigern solle, auch wenn der Tarif dem entgegenstände. Der Vorsitzende verwies demgegenüber auf die vielen kleinen und kleinen Druckereien, mit denen wir hier zu rechnen haben. Es sei bei Eintritt einer Krise erklärlich, daß die Besitzer dieser kleinen Betriebe leider selbst bis in die Nacht und auch Sonntags arbeiteten, um sich über Wasser zu halten, als einen Gehilfen einzustellen; deshalb könne man aber nicht ohne weiteres die in einem gegeregten Betriebe sich nötig machenden Überstunden verweigern. Steinhardt, unterstützt von Bittersdorf, Lampe und Bauer, empfahl den Kollegen die Teilnahme an den Unterrichtskursen des Fortbildungsvereins von Hamburg-Altona. (Das Eintrittsgeld beträgt 20 Pf., der vierteljährliche Beitrag für Männer 1,80 Mk., für Frauen, Lehrlinge und Passive 90 Pf.) Des fernern forderte derselbe die Kollegen und Vertrauensmänner auf, die Beherlinge dahin zu beeinflussen, daß sie an den Zusammenkünften der Jugendabteilungen (Jugendbund) teilnehmen. Es werden nur junge Männer und Mädchen im Alter von 14 bis 18 Jahren aufgenommen. Der Monatsbeitrag beträgt 25 Pf., das Eintrittsgeld 20 Pf. Des weitern wünschte Redner, daß sich befähigte Kollegen an dem Erziehungswerte des Fortbildungsvereins in bezug auf den Jugendbund beteiligen. Dem Vorstande wurde anheimgegeben, zu erwägen, ob den an den Fortbildungskursen sich beteiligenden Kollegen nicht das Schuldgeld zurückvergütet sei. Nach Erledigung einer internen Angelegenheit trat Schluß der gut besuchten Versammlung ein.

Rastrop. In Nr. 104 des „Korr.“ vom 8. September d. J. bringt ein vor drei Wochen entlassener Geher eine längere Abhandlung über schlechte Verhältnisse in der Buchdruckerei F. Schmitz, vorm. H. Culbart in Rastrop. Wie hoch überhaupt Aussagen des genannten Herrn zu bewerten sind, möge der nachfolgend geschickte Entlassungsgrund bieten: Als vor etwa sieben Wochen die Inhaberin des Geschäfts gegen 10^{1/2} Uhr nachts die Verbindungstüre der Druckerei zum Wohnhause zu schließen beabsichtigte, bemerkte sie auf dem

zu errichten. Die Solidarität der Buchdrucker mit der übrigen Arbeiterschaft ist gewiß über jeden Zweifel erhaben, sie kann aber nicht so weit gehen, daß man ihr zuliebe den Akt abfährt, auf dem man selber sitzt. Das ist kein Berufsbündel, kein Innungszopf, keine Versündigung und Schädigung an der Allgemeinheit, sondern im besten Sinne Wahrnehmung berechtigter Interessen. Nun wissen wir ja sehr wohl, daß wir damit unsere Kritiker doch nicht überzeugen. Wie sonst der Jude, heißt es hier: der Buchdrucker muß verbrannt werden. Deshalb wollen wir nur noch auf einen Umstand verweisen, der dazumal soll und wird, wie unterschiedlich man in dieser Sache urteilt und verurteilt. Wenn alljährlich zur Osterzeit die Bildhauer, die Steinbrücker und Lithographen, Photographen, die Wäcker und Konditoren und andre noch in Zeitungsartikeln auf die Überfüllung dieser Berufe hinweisen und dadurch die Lehrlingszufuhr eindämmen wollen, dann sagt man nichts dazu. Den Buchdruckern ging man aber mit Vorwürfen zu Leibe, worunter der, daß sie eine chinesische Mauer um sich bauen wollen, noch der gelindeste war. Daß die Mauer in ihrem Tarif und bei ihrer Arbeitsweise eine strenge Grenze zwischen sich und den Bauhilfsarbeitern ziehen, ist allbekannt, für unsere Kritiker aber unbedenklich, denn sie haben mit ihrem Tadel dort noch nicht eingeseht. Die Bildhauer, Steinbrücker und Lithographen mit ihren Spezialbranchen, die Futtmacher, Handschuhmacher, Tapezierer, Sattler, Kürschner, überhaupt alle meist handwerksmäßigen Berufe sehen sich in ihren Organisationen nur aus gelegentlichen Arbeitern zusammen und ihre Tarife ziehen demgemäß eine Scheidelinie zwischen der Arbeit eines gelernten und der eines Hilfsarbeiters. Warum erhebt man gegen diese Arbeiterkategorien nun nicht die gleichen Vorwürfe, die uns Buchdruckern schon von jeher in so reichlichem Maße zuteil werden? Wäre die Ansicht der Essener „Arbeiterzeitung“, Dr. Dunders, Düwells usw. richtig, könnte es logischerweise auch keinen Fabrik- und Hilfsarbeiterverband geben, eine Organisation, die über 134000 Mitglieder zählt. Aber man sieht den Wald vor lauter Büumen nicht und schilt nur immer auf die Buchdrucker, diese Prügelknaben für alles, was praktische Gewerkschaftsarbeit heißt. Diese unterschiedliche Behandlung ist es, die wir bei der Gelegenheit in das richtige Licht rücken möchten, denn an der Sache selbst ändert sich bei uns durch noch so viele Kritiken Außenstehender nichts und wird sich in der Zukunft um so weniger ändern, nachdem die Sparten bei uns mit aller Energie gerade für das Eintreten, was eine von Sachkenntnis mehr oder weniger weit entfernte Kritik den Buchdruckern als ein Verbrechen anrechnet.

Die Buchdruckerei A. Pehold in Elbing hat sich wiederum ein Denkmal gesetzt, das nicht von Pappe ist. Nach der in Nr. 86 geschilderten Hauptleistung dreier Denunziationen bei der Staatsanwaltschaft, bei der Regierung in Königsberg und bei dem preussischen Ministerium des Innern, gegen die Tarifgemeinschaft und das Königsberger Tarifschlichtungsgericht, welche Behörden den von einer wahren Verleumdung gegen alles, was nach Tarif riecht, erfüllten Pehold jedoch sämtlich abblitzen ließen, ist nunmehr zu den vielen anderen Helotenaten eine neue aus dem Bereiche der Schmutzkonzurrenz gekommen. In einer vierseitigen, wenig einladenden Karte — statt auf einem Zirkulare — wendet sich die Firma Pehold an ihre Kundenschaft mit dem Ausdrucks des Bewunderns, daß sie seit längerer Zeit die hochgeschätzten Aufträge vermisse. Pehold hat also durch den mutwillig von ihm herausgeschickten Streif vor etwa einem Jahre viele Aufträge verloren, und was dadurch noch nicht flöteng, brachte sojann die schauerliche Ausfüllung der in Bestellung gegebenen Drucksachen zuwege. Da Pehold mit seiner Ausführung der Aufträge keinen Staat machen kann, versucht er es mit dem bei ihm von jeher stark verwendeten Föder der Billigkeit. Derselbe Mann, der selbst in Rigaer Zeitungen Streiftwecher durch hohe Lohnverprechungen suchte, trotz heißen Bemühens seinen Kunsttempel aber nur mit Mädchen und einer kleinen Schar tapferer Schnapskonsumenten füllen konnte, sagt nun in seinem Kundenloctur: „Unsre Arbeitslöhne sind niedriger als die der meisten deutschen Buchdruckereien, die gewunden sind, selbst die einfachste Druckerarbeit von teuer bezahlten Kräften herstellen zu lassen. Wir machen die künstliche Verteuerung aller Drucksachen, wie sie der Deutsche Buchdruckerverein in seinem Preistarife den Mitgliedern anempfehlend nicht mit und begnügen uns mit bescheidenem Nutzen.“ Man muß tatsächlich den Mut dieses Gewerbeanarchisten bewundern, die Tarifgemeinschaft bei Regierung usw. als ruind und gemeingefährlich anzufassen.

Wegen der Beschäftigung von schulpflichtigen Kindern mit Falzen oder Ausstragen von Zeitungen haben die Gerichte schon manchen Verurteilung ausgesprochen müssen. Trotzdem wird wieder und wieder versucht, dem Besetze durch allerlei Hinterklüben ein Schnippen zu schlagen. Eine Firma in Elmshorn ist bis zum Oberlandesgericht in Kiel gegangen, das sie nun endgültig belehrt, was nach dem Kinderschutzgesetz und was nach der Gewerbeordnung nicht zulässig ist. In erster Linie ergab sich ein Verstoß, weil Schüler unter 13 Jahren in dazu nicht gestatteten Stunden mit dem Ausstragen von Zeitungen beschäftigt wurden. Ferner erging gegen die Firma eine Strafvorschrift, weil sie in Widerspruch zu § 135 der Reichsgewerbeordnung Kinder unter 13 Jahren in ihrem als Fabrik anzusehenden Druckereibetriebe zu dem Falzen von Zeitungen und Einlegen von Weißblättern benutzte hatte. Auf erhobenen Einspruch bestätigte das Schlichtungsgericht die wegen Vergehens gegen das Kinderschutzgesetz erlassenen Strafvor-

fügungen, während von dem Verstoße gegen die Gewerbeordnung Freisprechung erfolgte. Das Gericht stellte fest, daß das Falzen der Zeitungen und das Einlegen der Beilagen seitens der Knaben im Expeditionsraume vorgenommen worden war, der durch eine massive Wand vom Maschinenraume getrennt ist. Aus diesem Grunde hielt das Gericht eine Beschäftigung der Kinder in einem Fabrikraume nicht für vorliegend. Auf eingelegte Berufung sprach die Strafkammer die Firma aber in beiden Fällen schuldig. Das Gericht hielt im Gegenfaze zum Schlichtungsgericht auch eine Beschäftigung im Fabrikbetrieb für vorliegend, da in der Wand zwischen Maschinen- und Expeditionsraume sich eine Thür befindet und die Knaben die Zeitungen aus dem ersten in den letzten zu schaffen hatten. Wegen diese Feststellung wurde Revision eingelegt. Es wurde geltend gemacht, daß die Beschäftigung der Knaben nur in der kaufmännischen Abteilung stattgefunden habe. Wenn man auch einen Fabrikbetrieb für vorliegend erachte, so sei die Tätigkeit der Knaben nur eine Vorbereitung zum Ausstragen, denn die Zeitung sei bereits fertig, wenn sie zum Falzen in ihre Hände gelange. Der Umstand, daß Drucker und Abfertigung sich unter einem Dache befinden, könne nicht ins Feld geführt werden. Das Oberlandesgericht Kiel stellte sich jedoch auf den Standpunkt des Landgerichts.

Die vereitelte Streiftwechervermittlung der Maschinenfabrik Carl Krause in Leipzig hat nun hinsichtlich ihrer Veranlassung Aufklärung gefunden. Benannte Firma wollte auf Wunsch ihres Pariser Vertreters für den Distrikt von Epinal Arbeitswillige anwerben. In Epinal (Departement Vosges) selbst ist es aber zu einem Konflikt gekommen, und zwar wegen der Forderung eines täglichen Minimums von 5,50 Fr. und der Wahl einer gemeinsamen Kommission zur Regelung der Lohnfrage. Die beiden Tageszeitungen in Epinal mußten einstweilen ihr Erscheinen einstellen. Die Firma Krause, deren Pariser Vertreter vor etlichen Monaten einen Besuch von französischen graphischen Unternehmern in Deutschland entrierte, wollte nun jedenfalls auch auf dem Gebiete des Arbeitswilligenimports nach Frankreich ihre Leistungsfähigkeit zeigen, was ihr jedoch glänzend vorbeigegangen ist.

Zwei Wettbewerbe des „Journals für Buchdruckerkunst“ gelangen in dessen Saisonnummer (34/35) zur Auszeichnung. Der erste betrifft einen Umschlagtitel, aus Verlöblich- und Schmuck zu setzen. Der zweite bezieht sich auf Entwürfe zur Innenausstattung des „Journal“, und zwar wird gefordert der Entwurf eines Kopfes, zu einer der in diesem Fachblatte geführten Rubriken und der eines Signets „J. f. B.“. Hierzu soll die Paul Lang-Schrift Verwendung finden. Letzter Einlieferungstermin ist der 15. Oktober. Für jeden Wettbewerb kommen 100 Mk. in je sieben Preisen zur Verteilung.

Der stolze Ortsverein Zwickau des Gutenbergbundes besteht nicht aus einem illustren Trifolium, wie wir in Nr. 107 schrieben, sondern nur eine einzige Säule zeugt noch von erschwindender Pracht. Und dieser letzte der Tribunen kann der Sache des Bundes in Zwickau nicht nützlich sein, weil er nicht als Seher, Drucker usw., sondern als Hilfsarbeiter tätig ist. Der also den großen Rest von zwei ganzen Mann ausmachende Teil „unser“ stolzen Ortsvereins Zwickau magetiert in einem Exemplar in Kirchberg und in dem andern gar in dem 49 Kilometer entfernt liegenden Chemnitz. Man stelle sich nun einmal eine Zwickauer Ortsvereinsversammlung des Bundes vor! Hoffähig aber verachtet dem „Furr.“, daß in den übrig gebliebenen Überzeugungsstreuen drei Kollegen mehr agitatorische Kraft steckt als in den übergetretenen neun Lahmen. Es werden auch instande sein, im Laufe der Zeit dem Ortsvereine wieder neue Mitglieder zuzuführen“. Um diesen Hoffähigen faulen Zauber richtig zu verstehen, muß man nämlich wissen, daß es in Zwickau im Ganzen nur noch drei Nichtmitglieder gibt, von denen aber nicht einer für den Bund zu haben ist. Wieder ein Beispiel, wie die Gutenbergbündler von ihrem Organe mit trügerischen Hoffnungen belamert werden.

Was dem süddeutschen Bundesgeneral Felder träumt, ist in einem Brief an einem Freiburger Kollegen zu lesen: „Ich denke“, heißt es darin, „wenn hier im Rheinlande die Verbandsmitglieder in größerer Zahl übertreten, so wird es auch in Freiburg noch Männer geben, die den Mut besitzen, um konsequent zu handeln“. Ich, kennt doch Felder seine Breisgauer schlecht! Mit so plumpen Mägen wie der Behauptung, daß im Rheinlande vom Verband übertritte in den Gutenbergbund in größerer Zahl stattfinden, kommt er bei den ihn und seine Vergangenen doch so genau kennenden Freiburger Kollegen am schlechtesten an. Aber sie besitzen die von Felder vorausgesetzte Konsequenz und handeln dementsprechend, indem sie hiermit von dem völlig zwecklosen Angelegenheiten Felders in Freiburg Kenntnis geben.

Zur Verlufliste des Gutenbergbundes beigetragen haben neuerdings auch Halle a. S. und Sagan. Die „hoffnungslose Zammemeierstimmung“, wie der „Typograph“ ebenso hübsch wie zutreffend sagt, greift immer mehr um sich.

Konkursöffnung: Buchdruckereibesitzer Max Fleberer in Nürnberg.

Die Gründung einer sozialdemokratischen Zeitung in Smyrna, der ersten ihrer Art in der Türkei, ist eine von uns noch nicht registrierte Tatsache über die Umwälzungen auch im Zeitungswesen des osmanischen Reichs.

Die Frage der gesetzlichen Regelung der Tarifverträge wird in Verbindung mit den darauf bezüglichen Verhandlungen des 29. deutschen Juristentags in einem besonderen Artikel instruktiv behandelt werden, für den sich leider aber auch in dieser Nummer noch kein Raum erübrigen ließ.

„Dummheit oder Methode?“ ist ein in der letztmaligen Nummer des „Korrespondenzblatt der General-Kommission“ erschienener Artikel von S. Jochabe, dem Sekretäre der internationalen Transportarbeiterunion, überschrieben. Jochabe polemisiert darin gegen einen A. P. (Jochabe vermutet — wohl nicht mit Unrecht — den holländischen, auch in Deutschland sehr gut bekannten Parteifunktionäre H. Pannekoek hinter diesem Signum) gezeichneten Aufsatz über den Hamburger Gewerkschaftskongress. P. sagt in diesem Artikel u. a.: „Für den Parteikongress werden die Delegierten durch die Mitglieder angewiesen und nach Behandlung von den gestellten Anträgen mit bestimmten Aufträgen versehen; nach dem Kongresse stellen sie in der Mitgliederversammlung ihren verantwortlichen Bericht ab. . . . Die Gewerkschaftskongresse sind dagegen Zusammenkünfte von Beamten der Gewerkschaften, durch die Vorstände angewiesen. Ihre Sache ist, miteinander über gemeinschaftliche Angelegenheiten der Gewerkschaften zu beschäftigen, vor allem organisatorischer Art. Daß diese Personen, vorantstehend in der Bewegung und gewohnt, für die Mitglieder zu handeln und zu beschließen, hier auch ihre Auffassung über allerlei taktische und prinzipielle Fragen äußern, ist erklärbar, aber kann natürlich nicht als eine Aussprache angesehen werden, die denselben Wert hat als die Aussprache eines Parteikongresses.“ Hierzu schreibt nun Jochabe: „Was soll man hier mehr bewundern, die Dummheit oder die Methode, mit der in ausländischen Zeitungen versucht wird, die deutschen Gewerkschaften herabzusetzen! Es ist doch eine tödliche Behauptung von P., wenn er sagt, daß die Gewerkschaftskongresse Zusammenkünfte von Beamten sind, die durch die Vorstände der Gewerkschaften bestimmt werden. Sind denn auf den Parteikongressen keine Partei- oder Gewerkschaftsbeamte als Delegierte vertreten? Eine sehr naive Auffassung hat P., wenn er meint, daß die Aussprache auf den Gewerkschaftskongressen nicht denselben Wert hat wie die eines Parteikongresses. Es gibt eben Leute, die blind bleiben gegen alle durch die Gewerkschaften geleiteten Arbeiten, wenn ihre Augen, wie weiland der Engel des blinden Tobias, auch noch so oft mit Kot bestrichen werden. P. wird blind bleiben und weiter auf die Gewerkschaften schimpfen, natürlich in ausländischen Zeitungen, in deutschen Zeitungen ist die Maulwurfsarbeit gegen die Gewerkschaften schon etwas gefährlicher.“

Auf eine Stufe mit den gelben Gewerkschaften gestellt werden die Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften in dem Jahresberichte der „sächsischen Fabrikinspektion für 1907“. Bei Seidel & Naumann, der bekannten großen Nähmaschinenfabrik in Dresden und wie die Augsburger Schnellpressenfabrik eine eifrige Förderin der „Geldsucht“, fand im Vorjahre wieder einmal ein Ausstand statt. Darüber heißt es nun in dem amtlichen Berichte: „Die Fabrikleitung vermochte mit Hilfe der verbliebenen Arbeiter, die teilweise der Freien Vereinigung deutscher Metallarbeiter, teilweise dem Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften angehörten, aber überhaupt nicht organisiert waren, den Betrieb aufrecht zu erhalten.“ Schon diese Charakterisierung der Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften ist gewiß eine besondere Ehre für eine gewerkschaftliche Richtung so alten Datums. Aber der an anderer Stelle, auf Seite 132, mit der gelben Gewerkschaft der Freien Vereinigung deutscher Metallarbeiter gezogene Vergleich: „Ähnliche Ziele verfolgt der Hirsch-Dundersche Gewerkschaften, der in Dresden ebenfalls einen Ortsverband besitzt und seinen 850 Mitgliedern Arbeit vermittelt“, ist doch sehr klamassel.

Die Gründung einer politischen Arbeiterpartei nach dem Vorbilde des Bundes der Landwirte kann trotz aller gegenteiligen Versicherungen national-liberaler Blätter wohl nicht mehr als Phantasterei eines Tille oder sonstiger extrem scharfmacherischer Induktionskreise angesehen werden. Es heißt, schon zum Spätherbste solle die Agitation für den Industriellenbund, eben die zu gründende politische Arbeiterpartei, beginnen. Jedenfalls wird dann aber auch die national-liberale Partei mehr herausgehen in dieser Frage. Von ihr wollen sich ja die „Herren im Haus“ abwenden, weil sie nach deren Ansicht immer noch nicht genügend die Scharfmacher- und Draufgängerpolitik vertritt. Also entweder die national-liberale Partei gibt noch mehr von ihrer Tradition preis und wird noch reaktionärer, oder sie tritt in einer offenen Gegenfaze zu dem politischen Programme der Buad, Mendel, Reikewitz und Genossen. Im besonderen erhellt aus diesem Vorgange — ganz gleich, welchen Ausgang er nehmen wird —, daß in den Arbeiterverbänden und speziell im Zentralverband deutscher Industrieller in unfaßlicher Weise Politik getrieben wird. Das ist aber Zweckpolitik, während man die Gewerkschaften vor alle möglichen Parteifarren spannen will. Die Unternehmervereine sind den Arbeitern gerade in dieser Beziehung weit voraus.

Die Reichsarbeitslosenversicherung soll auch während der Sommermonate im Reichsamte des Innern „weiter erwogen“ worden sein. Die offiziöse Meldung besagt über den Stand dieser Erwägungen, daß noch nicht einmal der Begriff „arbeitslos“ versicherungstechnisch feststehe. Wenn weiter gesagt wird, es sei noch zweifelhaft, ob sich die Arbeitslosenversicherung mit der Reform der Arbeiterversicherungsgegebung verbinden lasse, so ist nach den vorläufigen, von uns in Nr. 107 des „Furr.“

gebrachten Verlautbarungen über die „Reform“ der Versicherungsgeese dieser Zweifel zu behoben. Die Arbeitslosenversicherung von Reichs wegen wird weder damit in Verbindung gebracht, noch steht sie überhaupt in absehbarer Zeit zu erwarten. Wenn auch mehrere andere Staaten in dieser Frage ernsthaft Versuche unternahmen, so braucht das Reich der Sozialpolitik ja sich nicht von denselben vorteilhaftesten praktischen Seite zu zeigen, kann es übrigens auch nicht, weil der Zentralverband deutscher Industrieller es nicht will. Der aber regiert noch immer in dem sozialpolitischen Mutterlande, das sich nicht wenig auf diesen Rufmestitel zugute tut, anstatt zu beherzigen, daß man ihn immer von neuem erwerben muß, um ihn dauernd zu besitzen. Wenn man sieht, welche Kopfschmerzen die Frage der Witwen- und Waisenversicherung dem Deutschen Reich macht, dann wird man auch die offiziöse Aenderung über die Arbeitslosenversicherung richtig zu verstehen wissen: Die jegige rückläufige wirtschaftliche Lage macht die Arbeitslosenversicherung wieder aktuell. Zur Veräußerung der Gemüther erfolgt deshalb die Mitteilung, daß man sogar in den stillen Sommermonaten eifrig „weiter erwohnen“ hat. Auf die Dauer wird man aber mit solchen Beruhigungstropfen nicht auskommen.

Zur Vinderung der Arbeitslosigkeit hat die Baubehörde des Rhein-Neine-Kanals auf Vorkostigwerden des Magistrats von Hannover die beteiligten Unternehmer angewiesen, in erster Linie einheimische Arbeiter zu beschäftigen.

Die Arbeitslosigkeit in den Vereinigten Staaten hat im Juni eine beträchtliche Verminderung erfahren, nachdem sie bis zum Mai außerordentlich hoch war. Ende März war von den organisierten Arbeitern New Yorks sogar ein ganzes Drittel ohne Beschäftigung. Im Wauegewerbe liegen die Verhältnisse noch am schlechtesten. In England ist vom Nachlassen der wirtschaftlichen Depression fast nichts zu merken. Die Arbeitslosigkeit in den Industriedistrikten ist die gleich hohe. Wenn bis zum Erscheinen dieser Nummer keine Verstärkung erzielt worden ist, werden am 19. September 150000 Textilarbeiter in der Provinz Lancashire ausgesperrt werden, weil sie bei der Abstimmung über eine von den Fabrikanten vorgeschlagene fünfprozentige Lohnreduktion sich mit erdrückender Mehrheit dagegen erklärten. 45000 Webstühle stehen sowieso schon still in jenem Textilgebiet.

Das norwegische Gesetz über die Staats- und Gemeindeforschüsse zur Arbeitslosenunterstützung (vom 12. Juli 1906 datierend) hat im Juli 1908 eine Verbesserung erfahren, so daß die Gewerkschaften jetzt mehr Interesse dafür zeigen. Der Staatszuschuß ist nämlich von einem Viertel auf ein Drittel der ausgezahlten Arbeitslosenunterstützung erhöht worden. Die norwegischen Gewerkschaften sind nun in Verhandlungen mit dem Handelsdepartement in dieser Angelegenheit getreten. Bemerkenswert sei, daß das dänische Gesetz über die Unterstützung der Arbeitslosen trotz der eingetretenen Verbesserung des norwegischen immer noch diesem voraus ist.

Der bedingte Strafausschub ist in bereits 146000 Fällen zur Anwendung gekommen. Im Allgemeinen bewährt sich der bedingte Strafausschub, der nur Jugendlichen unter 18 Jahren zugute kommt: etwa 75 Proz. der bedingt Begnadigten machen sich später keiner strafbaren Handlung mehr schuldig. Vollständig begnadigt wurden seit der Einführung des bedingten Strafausschubs in Preußen 43071, Bayern 8091, Sachsen 3312, Württemberg 1340, Baden 2124 Personen.

Eingänge.

Die Tarifverträge der baugewerblichen Hilfsarbeiter, enthaltend die bis einschließlich des Jahres 1907 enthaltenden Verträge. 483 Seiten Großformat. Kartontiert 6 Mk., gebunden 7,50 Mk. Verlag von Gustav Behrendt, Hamburg, Klosterstraße 8, I.

Gestorben.

In Aachen am 12. September der Seher Leo von Kempen, 53 Jahre alt — Herzleiden; am 14. September der Drucker Friedrich Lachet, 44 Jahre alt.
 In Bayreuth am 13. September der Buchdrucker Joseph Angerer aus Waltersdorf, 21 Jahre alt — Schwindstich.
 In Columbus (Ohio) am 15. August der Buchdrucker und Journalist Leonhard Hirsch aus Bernkastell an der Mosel, 74 Jahre alt.
 In Detroit am 18. August der Seher Jakob Popp aus Tauberbischofsheim (Baden), 71 Jahre alt — Schlaganfall.
 In Gutin am 13. September der Seher Ignaz Steiner aus Eßel (Ungarn), 44 Jahre alt.
 In Goslar am 5. September der frühere Faktor Martin Reinicke, 84 Jahre alt.
 In Köln am 9. September der Seher Heinrich Dauben von dort, 74 Jahre alt. Der Verstorbene war Mitbegründer des Kölner Ortsvereins.
 In Leipzig am 7. September der Seher Max Goid aus Leipzig-Gohlis, 48 Jahre alt — Lungenerkrankung.
 In Meß am 13. September der Seherinvalide Heinrich Meyer, 46 Jahre alt.
 In München am 7. September der Buchdruckereibesitzer Max Volk, 52 Jahre alt; am 10. September der Druckerinvalide Theodor Hartly aus Leipzig, 54 1/2 Jahre alt — Herzlähmung.
 In Nantes der Buchdruckereibesitzer Alfred Riom. Auf Siz Moudain bei Flanz (Kanton Graubünden) am 8. September der Herausgeber und Drucker der

„Argentinischen Wochenzeitung“ Moritz Allemann aus Buenos Aires, 50 Jahre alt — Hirnschlag.

In Stuttgart am 9. September der Maschinenmeister Friedrich Maier aus Woplingen, 30 1/2 Jahre alt — Lungenblutung; am 12. September der Verlagsbuchhändler und Buchdruckereibesitzer Hermann Schönlein, 74 Jahre alt.

In Wolfach (Baden) am 4. September der Buchdruckereibesitzer Heinrich Hopfeld.

Briefkasten.

H. B. in Frankfurt a. M.: Wir bestätigen Ihnen gern, daß niemand aus dem Bezirksvorstand uns das Material in Sachen Demuth eingeliefert hat. — J. R. W. in Weg: 4,05 Mk. — W. B. in Bremerhaven: 6,05 Mk.

Verbandsnachrichten.

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Mariendorfer Straße 13, I. Fernsprichamt Nr. 11191.

Bekanntmachung.

Wir ersuchen diejenigen Herren Besteller der „Herausgeberischen Broschüre „Die Geschichte des Gutenbergbundes“, welche den Betrag dafür (pro Exemplar 15 Pf. und außerdem Porto) noch nicht abgefordert haben, dies umgehend, spätestens aber bis zum 20. September, tun zu wollen.

Das Porto beträgt:
 für 1 Exemplar 10 Pf. (Druckfache)
 bis 3 " " 20 " "
 " 6 " " 30 " "
 über 6 " " 50 " (Paket).
 Berlin. Der Verbandsvorstand.

Adressenverzeichnis.

Da das Adressenverzeichnis am 1. Oktober neu erscheinen soll, ersuchen wir diejenigen Herren Bezirksvorsteher und Kassierer, welche seit Erscheinen des letzten Verzeichnisses (1. April 1908) verjoren sind, dies jedoch im „Korr.“ nicht mitgeteilt haben, oder wo durch Neuwahl des Vorstehenden oder Kassierers eine Änderung eingetreten ist, diese Veränderung in den Adressen möglichst umgehend — spätestens aber bis zum 22. September — der Hauptverwaltung, Berlin SW 29, Mariendorfer Straße 13, I, mitzuteilen. Auch wollen diejenigen Herren, welche später (im Oktober) verziehen, wenn möglich die neue Adresse ebenfalls mitteilen.
 Berlin.

Die Hauptverwaltung.

Altenburg. Der Seher Richard Feder aus Riegnitz wird hierdurch zum letztenmal aufgefordert, seinen Verpflichtungen gegenüber dem hiesigen Herbergswirt nachzukommen. Im Anbete der Adresse dieses Kollegen bittet E. Sturm, Adelsfeldstraße 14, II.

Adressenveränderungen.

Danzig. (Machinenmeisterverein für Westpreußen.) Vorsitzender: Max Perlich, Petershagen, S. d. Kirche 28.
Friedberg-Bad-Naheim-Buchbach. Vorsitzender: Ernst Salzmänn, Buchbach, Kornstraße 3.

Neumünster. Kassierer: Herrn. Mardeck, Brackensfelder Straße 70.

Ohlig. Vorsitzender und Kassierer: J. Bodhott, Quersstraße 21.

Ratibor. Vorsitzender: Paul Wojaczek, Tropauer Straße 59, I; Kassierer: Joseph Czetzalla, Tropauer Straße 28, III.

Sonderburg. Vorsitzender: W. Harms, Nordstraße 41, II.

Zur Aufnahme haben sich gemeldet (Einwendungen sind innerhalb 14 Tagen nach Datum dieser Nummer an die beigelegte Adresse zu richten):

In Aachen 1. der Seher Anton Sondermann, geb. in Aachen 1890, ausgel. daf. 1903; war noch nicht Mitglied; 2. der Maschinenseher Friedrich Meinen, geb. in Lurich 1883, ausgel. daf. 1902; war schon Mitglied. — Andr. Wilms, Adalbertstraße 55.

In Daun (Eifel) der Seher August Wenzke, geb. in Pechlau 1888, ausgel. in Nimmelsburg (Pommern) 1907; war noch nicht Mitglied. — Th. Balbus in Bonn-West, Burggartenstraße 14.

In Emmerich die Seher 1. Karl Hausen, geb. in Rheine 1879, ausgel. daf.; war schon Mitglied; 2. Max te Poel, geb. in Emmerich 1890, ausgel. daf. 1908; war noch nicht Mitglied. — In Ruhrtort der Seher Willi Placke, geb. in Magdeburg 1872, ausgel. daf. 1890; war noch nicht Mitglied. — W. Albrind in Duisburg, Friedrich-Wilhelm-Straße 76, II.

In Halle a. S. der Stereotypseher Willi Reichardt, geb. in Halle a. S. 1877, ausgel. daf. 1896; war noch nicht Mitglied. — In Ruhrtort der Seher Willi Placke, geb. in Magdeburg 1872, ausgel. daf. 1890; war noch nicht Mitglied. — W. Albrind in Duisburg, Friedrich-Wilhelm-Straße 76, II.

In Landsberg a. L. der Schweizerbegegn. Jos. Huber, geb. in Thalhofen 1881, ausgel. in Markt-Oberdorf 1900; war noch nicht Mitglied. — In Moosburg der Seher Hermann Leingärtner, geb. in Mitterhausen 1889, ausgel. in Wörth a. D. 1908; war noch nicht Mitglied. — In Neumarkt der Seher Eduard Ellinger, geb. in Glucking 1888, ausgel. in Osterhofen 1905; war noch nicht Mitglied. — Joseph Seitz in München, Holzstr. 24, I.

In Langenschwalbach der Seher Albert Ermsus, geb. in Darmstadt 1890, ausgel. in Mainz 1908; war noch nicht Mitglied. — Heinrich Wachtel in Wiesbaden, Zahnstraße 17.

In Lübeck der Stereotypseher Georg Stapp, geb. in Frankfurt a. M. 1875, ausgel. daf. 1903; war noch nicht Mitglied. — Oskar Fandke, Blandstraße 31, pt.

In Neurruppin der Seher Aug. Vernott, geb. in Zehdenick a. S. 1885, ausgel. daf. 1904; war noch nicht Mitglied. — W. Reinhardt, Bietenstraße 9a.

In Oranienburg 1. der Seher Emil Weidamm, geb. in Oranienburg 1877, ausgel. daf. 1895; 2. der Drucker Paul Maybaum, geb. in Oranienburg 1869, ausgel. daf. 1887; waren noch nicht Mitglieder. — Richard Zandt in Spandau, Luthersstraße 25.

In Reutlingen die Seher 1. Georg Gräfe, geb. in Schloß-Gemhild 1874, ausgel. in Leipzig 1893; 2. Joseph Leib, geb. in Kirchheim (D.-M. Neresheim) 1872, ausgel. in Eßlingen 1890; 3. Karl Walz, geb. in Reutlingen 1873, ausgel. daf. 1890; 4. der Maschinenseher Karl Helle, geb. in Reutlingen 1871, ausgel. daf. 1888; waren schon Mitglieder. — In Stuttgart der Seher Friedrich Müller, geb. in Kleverfußbad 1890, ausgel. in Stuttgart 1908; war noch nicht Mitglied. — In Troßingen der Schweizerbegegn. Erwin Schuler, geb. in Eßlingen 1889, ausgel. in Troßingen 1908; war noch nicht Mitglied. — In Ulm der Seher Karl Zipper, geb. in Ulm a. D. 1890, ausgel. daf. 1908; war noch nicht Mitglied. — In Zuffenhausen der Seher Adolf Kernberger, geb. in Bruchsal 1889, ausgel. daf. 1901; war noch nicht Mitglied. — Karl Knie in Stuttgart, Jakobstraße 16, p.

In Sagan der Seher Friedrich Eichner, geb. in Berlin 1880, ausgel. in Sagan 1900; war noch nicht Mitglied. — Oskar Dieß in Blogau, Kleine Oberstr. 15, III.

In St. Ingbert (Pfalz) die Drucker 1. Franz Felig, geb. in Gernersheim 1869, ausgel. in St. Ingbert 1886; war noch nicht Mitglied; 2. Karl Henkler, geb. in Heidelberg 1881, ausgel. in Pirmasens 1899; war schon Mitglied. — In Neunkirchen (Rhg. S. Fries) der Seher Karl Wenz, geb. in Marienthal (Rheinpfalz) 1887, ausgel. in Alfens 1905; war schon Mitglied. — In St. Johann a. d. Saar der Seher Georg Rojer, geb. in Gendertshaus 1889, ausgel. in Brumath 1908; war noch nicht Mitglied. — Alf. Gutendorf in Saarbrücken, Meyer Straße 29.

In Weichta der Seher Georg Stolle, geb. in Diepholz 1880, ausgel. daf. 1901; war noch nicht Mitglied. — J. Roth in Oldenburg, Vordstraße 13.

In Warmbrunn der Seher Hugo Schreiber, geb. in Viebau i. Schl. 1887, ausgel. in Landeshut i. Schl. 1905; war schon Mitglied. — M. Schipke in Hirschberg i. Schl., Straußpfer Straße 24, I.

Arbeitslosenunterstützung.

Hauptverwaltung. Dem Seher Paul Dudy aus Stolp (Hauptbuchnummer 8460) ist angeblich auf der Magdeburger Herberge zur Heimat Buch und Reiselegitimation gestohlen worden. Das gestohlene Buch, welches hiermit für ungültig erklärt wird — ist ausgestellt vom Gau Nordwest und trägt die Nr. 969.

Bad-Naheim. Die Herren Reisekassiererverwalter werden gebeten, dem auf der Reise befindlichen Seher Julius Scheibel aus Obermörlen (Hauptbuchnummer 52905) 2 Mk. zu viel erhaltene Arbeitslosenunterstützung abzugeben und portofrei an Louis Lipski, Schulstraße 9, einzusenden.

Versammlungskalender.

Berlin (Marz). Versammlung heute Sonnabend, den 19. September, abends pünktlich 8 1/2 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Kaiserstraße.

Breslau. Maschinenseherversammlung Sonntag, den 20. September, vormittags 11 Uhr, im Vereinslokal, Metzstraße 11, II.

Erfurt. Versammlung heute Samstag, den 19. September, abends 8 1/2 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“.

Großsomb. Versammlung heute Sonnabend, den 19. September, abends 8 1/2 Uhr, im „Kronprinz“.

Hamburg-Altona. Fortkandisung Montag, den 21. September, abends 9 Uhr, im Vereinsbureau, Weisenbinderhof 57.

Heidelberg. Versammlung heute Sonnabend, den 19. September, abends 9 Uhr, im Vereinslokal, „Fischhaus“.

Jena. Herbstbesitzerversammlung Sonntag, den 20. September, vormittags 10 1/2 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, „Zum Gärtner“.

Kiel. Versammlung morgen Sonntag, den 20. September, vormittags 9 1/2 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Kaiserstraße.

Katzenb. Besitzerversammlung Sonntag, den 20. September, vormittags 10 1/2 Uhr, im Forst. Anträge hierzu sind bis spätestens den 4. Oktober an den Bezirksvorsteher H. Ved. Schwannstraße 1, I, einzureichen.

— Versammlung Sonnabend, den 20. September, abends 8 1/2 Uhr, im „Fischer“, Lankstraße.

Leipzig-Mitte. Maschinenseherversammlung heute Sonntag, den 19. September, abends 8 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Hartung Nr. 2 (am Rheinbrückenauflang).

Mainz. Besitzerversammlung Sonntag, den 20. September, vormittags 9 Uhr, im „Frankhaus zum Gutenberg“.

Sangerhausen. Herbstbesitzerversammlung Sonntag, den 18. Oktober, im „Gewerkschaftshaus“, Herrnhuterstr. in Sangerhausen. Anträge für diesbezügliche sind bis spätestens 1. Oktober beim Vorstehenden einzureichen.

Stuttgart. Maschinenseherversammlung Sonntag, den 20. September, beim Restaurateur Wroth, Ede Hauptstädter und Langenstraße.

Zabrze (D.Schl.). Versammlung heute Sonnabend, den 19. September, abends 7 1/2 Uhr, im „Hotel Kurok“, Kronprinzstraße.

Verein für Buchdrucker und Schriftsetzer in Tirol und Vorarlberg.

Bregenz. Die Reiseunterstützung wird ausgezahlt durch Kollegen Franz Nagel, Gasthaus „Zum Stordoren“ (Oberstadt), von 6—7 Uhr abends. Nur an Werttagen. Ab 1. Oktober von 6—7 Uhr abends im „Gewerkschaftslokal“ („Münchener Hof“, I. Stock). In der Druckerei sowie in der Wohnung ist der Verwalter nicht zu sprechen.

